

**BERICHT DES KSZE-EXPERTENTREFFENS ÜBER
NATIONALE MINDERHEITEN, GENF 1991**

**REPORT OF THE CSCE MEETING OF EXPERTS
ON NATIONAL MINORITIES, GENEVA 1991**

**INFORME DE LA REUNION DE EXPERTOS SOBRE
MINORIAS NACIONALES DE LA CSCE, GINEBRA 1991**

**RAPPORT DE LA REUNION D'EXPERTS DE LA CSCE
SUR LES MINORITES NATIONALES, GENEVE 1991**

**RAPPORTO DELLA RIUNIONE CSCE DI ESPERTI SULLE
MINORANZE NAZIONALI, GINEVRA 1991**

**ДОКЛАД СОВЕЩАНИЯ ЭКСПЕРТОВ СБСЕ ПО ВОПРОСАМ
НАЦИОНАЛЬНЫХ МЕНЬШИНСТВ, ЖЕНЕВА, 1991 ГОД**

GENEVE 1991

**BERICHT DES KSZE-EXPERTENTREFFENS ÜBER
NATIONALE MINDERHEITEN, GENF 1991**

**REPORT OF THE CSCE MEETING OF EXPERTS
ON NATIONAL MINORITIES, GENEVA 1991**

**INFORME DE LA REUNION DE EXPERTOS SOBRE
MINORIAS NACIONALES DE LA CSCE, GINEBRA 1991**

**RAPPORT DE LA REUNION D'EXPERTS DE LA CSCE
SUR LES MINORITES NATIONALES, GENEVE 1991**

**RAPPORTO DELLA RIUNIONE CSCE DI ESPERTI SULLE
MINORANZE NAZIONALI, GINEVRA 1991**

**ДОКЛАД СОВЕЩАНИЯ ЭКСПЕРТОВ СБСЕ ПО ВОПРОСАМ
НАЦИОНАЛЬНЫХ МЕНЬЩИНСТВ, ЖЕНЕВА, 1991 ГОД**

GENEVE 1991

BERICHT DES KSZE-EXPERTENTREFFENS UEBER
NATIONALE MINDERHEITEN, GENF 1991

Die Vertreter Albanien, Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, des Heiligen Stuhls, Irlands, Islands, Italiens, Jugoslawiens, Kanadas, Liechtensteins, Luxemburgs, Maltas, Monacos, der Niederlande-Europäischen Gemeinschaft, Norwegens, Oesterreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, San Marinos, Schwedens, der Schweiz, Spaniens, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, der Türkei, Ungarns, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und Zyperns trafen in Uebereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta von Paris für ein neues Europa vom 01. bis 19. Juli 1991 in Genf zusammen.

Seine Exzellenz Bundesrat René Felber, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, hielt im Namen des Gastlandes eine Eröffnungsansprache. Eröffnungserklärungen wurden von Ihrer Exzellenz Catharina Dales, Innenministerin der Niederlande, im Namen der Niederlande-Europäischen Gemeinschaft sowie von den Leitern der Delegationen der Teilnehmerstaaten abgegeben. Frau Catherine Lalumière, Generalsekretärin des Europarats, und Herr Jan Martenson, Stellvertretender Generalsekretär und Leiter des Zentrums der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Genf, leisteten zu dem Treffen Beiträge. Herr Klaus Jacobi, Staatssekretär im Departement für auswärtige Angelegenheiten des Gastgeberlandes, richtete an das Treffen eine Schlussansprache.

- 2 -

In Uebereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta von Paris erörterten die Vertreter der Teilnehmerstaaten eingehend die Fragen nationaler Minderheiten und der Rechte deren Angehöriger. Dabei wurde die Vielfalt der Gegebenheiten und der rechtlichen, historischen, politischen und wirtschaftlichen Hintergründe zum Ausdruck gebracht. Sie führten einen Meinungs austausch über praktische Erfahrungen mit nationalen Minderheiten, insbesondere über innerstaatliche Rechtssetzung, demokratische Institutionen, internationale Uebereinkommen und andere mögliche Formen der Zusammenarbeit. Die Vertreter der Teilnehmerstaaten äusserten ihre Ansichten über die Durchführung der einschlägigen KSZE-Verpflichtungen und zogen darüber hinaus Möglichkeiten zur Verbesserung der einschlägigen Normen in Erwägung. Sie zogen ferner neue Massnahmen zur Verbesserung der Durchführung der genannten Verpflichtungen in Betracht.

Auf dem Treffen wurde eine Reihe von Vorschlägen zur Prüfung unterbreitet; die Teilnehmerstaaten nahmen nach ihren Beratungen den vorliegenden Bericht an.

Der Text des Berichts des Genfer Expertentreffens über nationale Minderheiten wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, und von ihm so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntgemacht werden.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten nehmen zur Kenntnis, dass der Rat in Uebereinstimmung mit der Charta von Paris für ein neues Europa die Zusammenfassung der Ergebnisse des Treffens berücksichtigen wird.

I.

In der Erkenntnis, dass die Einhaltung und volle Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschliesslich der von Angehörigen nationaler Minderheiten, die Grundlage des neuen Europas bilden,

- 3 -

in erneuter Bekräftigung ihrer tiefen Ueberzeugung, dass freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Völkern sowie Frieden, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Voraussetzungen zur Förderung dieser Identität erfordern,

in der Ueberzeugung, dass es die Demokratie in Staaten mit nationalen Minderheiten erfordert, dass die Ausübung von Rechten und Grundfreiheiten in voller und tatsächlicher Gleichheit allen Personen, einschliesslich der Angehörigen nationaler Minderheiten, zugute kommen und dass sie in den Genuss von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Institutionen gelangen;

im Bewusstsein der Vielfalt der Situationen und der Verfassungsordnungen in ihren Ländern und daher in Anerkennung der Tatsache, dass verschiedene Methoden bei der Durchführung der KSZE-Verpflichtungen bezüglich nationaler Minderheiten geeignet sind,

eingedenk der Wichtigkeit, Bemühungen zur Behandlung der Fragen nationaler Minderheiten insbesondere in Gebieten zu unternehmen, in denen sich demokratische Institutionen noch festigen werden und Fragen bezüglich nationaler Minderheiten ein besonderes Anliegen darstellen,

im Bewusstsein, dass nationale Minderheiten ein integraler Bestandteil der Gesellschaft der Staaten sind, in denen sie leben, und dass sie jeden Staat und dessen Gesellschaft bereichern,

in Bekräftigung der Notwendigkeit der Achtung und vollständigen sowie ausgewogenen Durchsetzung ihrer Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten - wie in den internationalen Uebereinkommen niedergelegt, durch die sie gegebenenfalls gebunden sind,

in erneuter Bekräftigung ihrer festen Entschlossenheit, alle ihre in der Schlussakte von Helsinki, im Abschliessenden Dokument von Madrid und im Abschliessenden Dokument von Wien, im Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE, im Dokument des Krakauer Symposiums über das kulturelle Erbe sowie in der Charta von Paris für ein neues Europa eingegangenen Verpflichtungen bezüglich nationaler Minderheiten und deren Angehörigen zu achten und in vollem Umfang anzuwenden, unterbreiten die Teilnehmerstaaten nachstehend die Zusammenfassung ihrer Schlussfolgerungen.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten nahmen als ihrer Arbeit zugrundeliegende Basis die von ihnen in bezug auf nationale Minderheiten eingegangenen Verpflichtungen, wie sie in den angenommenen einschlägigen KSZE-Dokumenten enthalten sind, insbesondere jene der Charta von Paris für ein neues Europa und des Dokuments des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE, die sie voll wiederbestätigen.

II.

Die Teilnehmerstaaten betonen die fortdauernde Bedeutung einer eingehenden Ueberprüfung der Durchführung ihrer KSZE-Verpflichtungen bezüglich der Angehörigen nationaler Minderheiten.

Sie unterstreichen, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten die Grundlage für den Schutz und die Förderung der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten bilden. Sie anerkennen ferner, dass Fragen bezüglich nationaler Minderheiten nur in einem demokratischen politischen Rahmen, der auf Rechtsstaatlichkeit beruht, und bei einem funktionierenden unabhängigen Gerichtswesen zufriedenstellend gelöst werden können. Dieser Rahmen gewährleistet die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Bürger, einschliesslich der Angehörigen

nationaler Minderheiten, den freien Ausdruck all ihrer legitimen Interessen und Bestrebungen, den politischen Pluralismus, soziale Toleranz und die Verwirklichung der gesetzlichen Regeln, die wirksame Mittel gegen den Missbrauch der Regierungsgewalt bieten.

Fragen nationaler Minderheiten sowie die Erfüllung internationaler Verpflichtungen hinsichtlich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten sind ein berechtigtes internationales Anliegen und daher eine nicht ausschliesslich innere Angelegenheit des jeweiligen Staates.

Sie nehmen zur Kenntnis, dass nicht alle ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Unterschiede notwendigerweise zur Bildung nationaler Minderheiten führen.

III.

In Achtung des Rechts von Angehörigen nationaler Minderheiten auf wirksame Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten werden die Teilnehmerstaaten in Erwägung ziehen, dass diese bei der Erörterung von Fragen bezüglich der Lage nationaler Minderheiten in ihren Ländern in Einklang mit den Verfahren zur Beschlussfassung jedes Staates eine wirksame Möglichkeit haben sollen, beteiligt zu werden. Sie sind ferner der Ansicht, dass eine angemessene demokratische Mitwirkung von Angehörigen nationaler Minderheiten oder ihrer Vertreter in Entscheidungs- oder Beratungsorganen ein wichtiges Element der echten Mitwirkung an öffentlichen Angelegenheiten darstellt.

Sie sind der Auffassung, dass es besonderer Bemühungen bedarf, spezifische Probleme auf konstruktive Weise und auf dem Wege des Dialogs durch Verhandlungen und Konsultationen mit dem Ziel zu lösen, die Lage von Angehörigen nationaler Minderheiten zu verbessern. Sie anerkennen, dass die Förderung des Dialogs zwischen Staaten sowie zwischen Staaten und Angehörigen nationaler Minderheiten am erfolgreichsten ist, wenn ein freier In-

- 6 -

formations- und Ideenfluss zwischen allen Beteiligten gegeben ist. Sie unterstützen einseitige, bi- und multilaterale Bemühungen der Regierungen, Wege zur Erhöhung der Wirksamkeit der Durchführung der KSZE-Verpflichtungen bezüglich nationaler Minderheiten zu erkunden.

Ferner ziehen die Teilnehmerstaaten in Erwägung, dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der gesamten Gesellschaft ohne jegliche Diskriminierung gewährt werden muss. In Gebieten, in denen vorwiegend Angehörige einer nationalen Minderheit leben, werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten von Angehörigen dieser Minderheit ebenso wie die von Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung des jeweiligen Staates und von Angehörigen anderer in diesen Gebieten lebender nationaler Minderheiten gleichermaßen geschützt.

Sie bekräftigen erneut, dass Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, und ihre Kultur in all ihren Aspekten zu erhalten und weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden.

Sie werden den zuständigen Behörden erlauben, das Büro für freie Wahlen über alle geplanten staatlichen Wahlen auf ihrem Staatsgebiet, einschliesslich der nicht-gesamtstaatlichen, zu informieren. Die Teilnehmerstaaten werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist, die Anwesenheit von Beobachtern bei nicht-gesamtstaatlichen Wahlen wohlwollend prüfen und sich bemühen, den Beobachtern den Zugang dazu zu erleichtern.

IV.

Die Teilnehmerstaaten werden für Angehörige nationaler Minderheiten Voraussetzungen zur Chancengleichheit schaffen für eine wirksame Beteiligung am öffentlichen Leben, an wirtschaftlichen Aktivitäten und am Aufbau ihrer Gesellschaft.

In Einklang mit Punkt 31 des Kopenhagener Dokuments werden die Teilnehmerstaaten die notwendigen Massnahmen ergreifen, um die Diskriminierung von Einzelpersonen - insbesondere hinsichtlich Beschäftigung, Wohnungswesen und Bildung - aufgrund deren Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit zu verhindern. In diesem Zusammenhang werden sie - falls dies noch nicht geschehen ist - dafür Sorge tragen, dass Einzelpersonen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit diskriminiert wurden, wirksamen Zugang zu Rechtsmitteln haben, auch durch das Vorhandensein verschiedener Möglichkeiten administrativer und gerichtlicher Rechtsmittel für einzelne Diskriminierungsopfer.

Die Teilnehmerstaaten sind überzeugt, dass die Bewahrung der Werte und des kulturellen Erbes nationaler Minderheiten die Beteiligung von Angehörigen solcher Minderheiten erfordert und dass Toleranz und Achtung unterschiedlicher Kulturen in dieser Hinsicht von ausserordentlicher Bedeutung sind. Dementsprechend bekräftigen sie die Wichtigkeit, sich Behinderungen bei der Herstellung von Kulturgut über nationale Minderheiten, auch der Herstellung durch Angehörige nationaler Minderheiten, zu enthalten.

Die Teilnehmerstaaten bestätigen, dass Angehörige einer nationalen Minderheit dieselben Rechte und dieselben Pflichten haben, die sich aus der Staatsangehörigkeit ergeben, wie die anderen Staatsangehörigen.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen erneut die Wichtigkeit, besondere Massnahmen zu ergreifen, wo dies erforderlich ist, um die volle Gleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten mit anderen Bürgern bei der ungehinderten Ausübung der Menschenrechte zu sichern. Sie erinnern ferner an die Notwendigkeit, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten auf ihrem Staatsgebiet zu schützen und Voraussetzungen für die Förderung dieser Identität zu schaffen.

Jede dieser Massnahmen wird mit den Prinzipien der Gleichheit und Nichtdiskriminierung in bezug auf die anderen Staatsangehörigen des betreffenden Teilnehmerstaates in Einklang stehen.

Sie anerkennen, dass solche Massnahmen, die unter anderem historische und territoriale Umstände nationaler Minderheiten berücksichtigen, in solchen Gebieten von besonderer Bedeutung sind, in denen sich demokratische Institutionen noch festigen werden und Fragen nationaler Minderheiten ein besonderes Anliegen darstellen.

Im Bewusstsein der Vielfalt und der sich ändernden Verfassungsordnungen, die eine allgemeingültige Methode nicht notwendigerweise anwendbar machen, nehmen die Teilnehmerstaaten mit Interesse zur Kenntnis, dass einige von ihnen auf entsprechend demokratischem Weg positive Ergebnisse erzielt haben, unter anderem durch

- Beratungs- und Entscheidungsorgane, in denen Minderheiten vertreten sind - insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Religion;
- gewählte Organe und Gremien für Angelegenheiten nationaler Minderheiten;
- Lokal- und autonome Verwaltung sowie Territorialautonomie einschliesslich der Errichtung von beratenden, legislativen und exekutiven Organen, die aus freien und regelmässigen Wahlen hervorgegangen sind;
- Selbstverwaltung einer nationalen Minderheit in Angelegenheiten ihrer Identität, wo Territorialautonomie nicht anwendbar ist;
- Arten dezentraler oder lokaler Regierung und Verwaltung;

- bilaterale und multilaterale Abkommen sowie andere Regelungen bezüglich nationaler Minderheiten;
- angemessene Ausbildungsformen und -stufen für Angehörige nationaler Minderheiten in ihrer Muttersprache - unter gebührender Berücksichtigung der zahlenmässigen Grösse, geographischen Siedlungslage und kulturellen Traditionen nationaler Minderheiten;
- Finanzierung des Unterrichts von Minderheitensprachen für die Allgemeinheit sowie Einbeziehung von Minderheitensprachen in die Lehrerausbildung - insbesondere in Gebieten, in denen Angehörige nationaler Minderheiten leben;
- Ergreifung der notwendigen Massnahmen in denjenigen Fällen, in denen auf ihrem Staatsgebiet der Unterricht in einem bestimmten Fachgebiet in der Minderheitensprache nicht auf allen Ebenen gewährleistet ist - um Möglichkeiten für die Anerkennung von im Ausland erteilten Diplomen für ein in dieser Sprache abgeschlossenes Studium zu schaffen;
- Gründung von staatlichen Forschungseinrichtungen zur Überprüfung der Gesetzgebung und zur Verbreitung von Informationen über Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung;
- Bereitstellung finanzieller und technischer Hilfe für Angehörige nationaler Minderheiten, die dies wünschen, zur Ausübung ihres Rechts auf Gründung und Erhaltung ihrer eigenen Bildungs-, Kultur- und Religionseinrichtungen, -organisationen und -vereinigungen;
- staatliche Unterstützung bei der Lösung örtlicher Schwierigkeiten im Zusammenhang mit diskriminierenden Praktiken (z.B. Bürgerdienste);

- Unterstützung der Bemühungen, Beziehungen zwischen Basisgemeinschaften herzustellen: zwischen Minderheitengemeinschaften untereinander, zwischen Mehrheiten- und Minderheitengemeinschaften bzw. zwischen Nachbargemeinschaften mit gemeinsamen Grenzen, zur Verhinderung der Entstehung lokaler Spannungen und zur friedlichen Behandlung solcher Konflikte, falls sie entstanden sind; und
- Unterstützung zur Gründung ständiger gemischter Kommissionen auf zwischenstaatlicher oder regionaler Ebene zur Erleichterung des fortdauernden Dialogs zwischen den betreffenden Grenzregionen.

Die Teilnehmerstaaten sind der Ansicht, dass diese und andere Methoden - einzeln oder in Verbindung mit anderen - zur Verbesserung der Lage nationaler Minderheiten auf ihren Staatsgebieten beitragen könnten.

V.

Die Teilnehmerstaaten achten das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten, ihre Rechte allein oder in Gemeinschaft mit anderen ungehindert auszuüben, Organisationen und Vereinigungen in ihrem Land zu gründen und zu unterhalten und in internationalen nichtstaatlichen Organisationen mitzuwirken.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen erneut das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten, ihre eigenen Bildungs-, Kultur- und Religionseinrichtungen, -organisationen und -vereinigungen zu gründen und zu unterhalten und werden die Ausübung dieses Rechts nicht behindern.

In diesem Zusammenhang anerkennen sie die überragende und entscheidende Rolle von Einzelpersonen, nichtstaatlichen Organisationen und religiösen sowie anderen Gruppen bei der

Förderung der kulturübergreifenden Verständigung und bei der Verbesserung der Beziehungen auf allen Ebenen der Gesellschaft sowie über die Staatsgrenzen hinweg.

Sie vertreten die Auffassung, dass Beobachtungen und Erfahrungen solcher Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen aus erster Hand für die Förderung der Durchführung der KSZE-Verpflichtungen bezüglich der Angehörigen nationaler Minderheiten von grossem Wert sein können. Deshalb werden sie die Arbeit solcher Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen unterstützen und nicht behindern und deren Mitarbeit auf diesem Gebiet begrüßen.

VI.

Besorgt über die Zunahme von Handlungen, die von rassistischem, ethnischem und religiösem Hass, Antisemitismus, Xenophobie und Diskriminierung gekennzeichnet sind, unterstreichen die Teilnehmerstaaten ihre Entschlossenheit, solche Handlungen - gegen wen auch immer sie gerichtet sind - auch weiterhin zu verurteilen.

In diesem Zusammenhang bekräftigen sie erneut, dass sie die besonderen Probleme der Roma (Zigeuner) anerkennen. Sie sind bereit, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die volle Chancengleichheit zwischen Angehörigen der Roma mit gewöhnlichem Aufenthalt in ihrem Staat und der übrigen dort ansässigen Bevölkerung herzustellen. Sie werden darüber hinaus Forschungsarbeiten und Studien über die Roma und deren besondere Probleme unterstützen.

Sie werden wirksame Massnahmen zur Förderung von Toleranz, Verständigung, Chancengleichheit und guten Beziehungen zwischen Einzelpersonen unterschiedlicher Herkunft in ihrem Land ergreifen.

Ferner werden die Teilnehmerstaaten wirksame Massnahmen ergreifen einschliesslich, falls dies noch nicht geschehen ist, der Verabschiedung von mit ihrer Verfassung und ihren internationalen Verpflichtungen in Einklang stehenden Gesetzen, zur Untersagung von Handlungen, welche auf der Grundlage nationaler, rassischer, ethnischer oder religiöser Diskriminierung zu Gewalt, zu Feindseligkeit oder Hass einschliesslich Antisemitismus aufhetzen. Sie werden Schritte zur Durchsetzung solcher Gesetze unternehmen.

Darüber hinaus werden sie Anstrengungen unternehmen zur Verstärkung des öffentlichen Bewusstseins gegenüber Vorurteilen und Hass, zur Verbesserung der Durchsetzung von Gesetzen gegen durch Hass ausgelöste Verbrechen sowie zur sonstigen Förderung der Bemühungen für ein Vorgehen gegen Hass und Vorurteile in der Gesellschaft. Dazu werden sie über die in ihrem Staatsgebiet begangenen Verbrechen, die in rassischen, ethnischen oder religiösen Vorurteilen begründet sind, Daten sammeln, diese - einschliesslich der bei ihrer Sammlung angewandten Richtlinien - regelmässig veröffentlichen und der Allgemeinheit zugänglich machen. Diese Daten sollen keine personenbezogenen Informationen enthalten.

Sie werden einander konsultieren sowie auf internationaler Ebene, auch bei künftigen KSZE-Treffen, einen Meinungs- und Informationsaustausch über solche Verbrechen führen, die Ausdruck von Vorurteilen und Hass sind.

VII.

In der Ueberzeugung, dass der Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten den freien Informationsfluss und Ideenaustausch voraussetzt, unterstreichen die Teilnehmerstaaten die Bedeutung der Kommunikation zwischen Angehörigen nationaler Minderheiten ohne Einmischung staatlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Grenzen. Die Ausübung solcher Rechte darf nur solchen Beschränkungen unterliegen, die gesetzlich

vorgesehen sind und mit internationalen Normen in Einklang stehen. Sie bekräftigen erneut, dass gegen keinen Angehörigen einer nationalen Minderheit, nur weil er einer solchen Minderheit angehört, straf- oder verwaltungsrechtliche Massnahmen verhängt werden, wenn er innerhalb bzw. ausserhalb seines Landes Kontakte unterhalten hat.

Sie werden beim Zugang zu den Medien niemanden aus ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Gründen diskriminieren. Sie werden Informationen zur Verfügung stellen, die den elektronischen Massenmedien dabei behilflich sind, in ihren Programmen die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten zu berücksichtigen.

Sie bekräftigen erneut, dass die Herstellung und die Pflege von ungehinderten Kontakten zwischen Angehörigen einer nationalen Minderheit sowie von Kontakten über die Grenzen hinweg zwischen Angehörigen einer nationalen Minderheit mit Personen, mit denen sie eine gemeinsame ethnische oder nationale Herkunft, ein gemeinsames kulturelles Erbe oder ein religiöses Bekenntnis teilen, zur gegenseitigen Verständigung beitragen und gutnachbarliche Beziehungen fördern.

Daher unterstützen sie Vereinbarungen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf gesamtstaatlicher, regionaler und örtlicher Ebene, unter anderem über kleinen Grenzverkehr, Erhaltung und Besuche von kulturellen und historischen Denkmälern und Stätten, Tourismus, die Verbesserung des Verkehrswesens, die Wirtschaft, Jugendaustausch, den Umweltschutz und die Schaffung regionaler Kommissionen.

Sie werden ferner, wo immer nationale Minderheiten leben, die Gründung informeller Arbeitskreise (z.B. Workshops, Komitees sowohl in als auch zwischen den Teilnehmerstaaten) unterstützen zur Erörterung von Fragen nationaler Minderheiten, zum Austausch von Erfahrungen und zur Unterbreitung von Vorschlägen.

Zur Verbesserung ihrer Informationen über die tatsächliche Situation nationaler Minderheiten werden die Teilnehmerstaaten auf freiwilliger Grundlage Informationen über die Lage nationaler Minderheiten in ihren jeweiligen Staatsgebieten verbreiten sowie Darstellungen ihrer diesbezüglichen Politik durch das KSZE-Sekretariat an andere Teilnehmerstaaten verbreiten.

Die Teilnehmerstaaten werden im KSZE-Sekretariat Kopien der im Plenum des KSZE-Expertentreffens über nationale Minderheiten geleisteten Beiträge hinterlegen, die sie der Öffentlichkeit zugänglich machen möchten.

VIII.

Die Teilnehmerstaaten begrüßen den positiven Beitrag der Vertreter der Vereinten Nationen und des Europarates zu den Beratungen des Genfer Expertentreffens über nationale Minderheiten. Sie nehmen zur Kenntnis, dass Arbeit und Wirken dieser Organisationen für die Erörterung von Angelegenheiten nationaler Minderheiten durch die KSZE von andauernder Bedeutung sein werden.

Die Teilnehmerstaaten nehmen zur Kenntnis, dass bei der Behandlung von Fragen bezüglich nationaler Minderheiten entsprechende KSZE-Mechanismen von Bedeutung sein können. Ferner empfehlen sie, dass das 3. Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE eine Ausweitung des Mechanismus der Menschlichen Dimension in Erwägung zieht. Sie werden die Beteiligung von Einzelpersonen am Schutz von deren Rechten, einschliesslich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, fördern.

Schliesslich ersuchen die Vertreter der Teilnehmerstaaten den Exekutivsekretär des Treffens, diesen Bericht an das 3. Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE weiterzuleiten.

- 15 -

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten bekunden gegenüber dem Volk und der Regierung der Schweiz ihren tiefempfundenen Dank für die ausgezeichnete Organisation des Genfer Treffens und die den am Treffen teilnehmenden Delegationen gewährte herzliche Gastfreundschaft.

Genf, 19. Juli 1991

An opening address to the meeting was delivered by M. J. ...
 ... of the Federal Department of Foreign Affairs of
 ... on behalf of the host country. Opening statements were made by
 ... Minister of the Interior of the Netherlands on behalf of
 the Netherlands-European Community, and by heads of Delegation of the
 participating States. Contributions to the Meeting were made by
 ... (Minister, Secretary General) of the Council of Europe, and
 ... Under-Secretary-General in charge of the United Nations
 Office for Human Rights in Geneva. The State Secretary for Foreign Affairs of
 the host country, Mr. Klaus Jochel, delivered a closing address to the meeting.

In accordance with the relevant provisions of the Charter of Paris, the
 representatives of the participating States had a thorough discussion on the
 basis of common objectives and of the rights of persons belonging to them
 and reflected the diversity of situations and of the legal, historical,
 political and economic backgrounds. They had an exchange of views on
 general questions with national priorities, in particular on national
 legislation, domestic institutions, international instruments and other
 possible forms of cooperation. Views were expressed on the implementation of
 the relevant UN instruments, and the representatives of the participating
 States also considered the steps for the improvement of relevant standards.
 They also considered the measures aimed at improving the implementation of the
 international instruments.

REPORT OF THE CSCE MEETING OF EXPERTS
ON NATIONAL MINORITIES, GENEVA 1991

The representatives of Albania, Austria, Belgium, Bulgaria, Canada, Cyprus, the Czech and Slovak Federal Republic, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, the Holy See, Hungary, Iceland, Ireland, Italy, Liechtenstein, Luxembourg, Malta, Monaco, the Netherlands-European Community, Norway, Poland, Portugal, Romania, San Marino, Spain, Sweden, Switzerland, Turkey, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom, the United States of America and Yugoslavia met in Geneva from 1 to 19 July 1991 in accordance with the relevant provisions of the Charter of Paris for a New Europe.

An opening address to the Meeting was delivered by H.E. Rene Felber, Federal Councillor, Head of the Federal Department of Foreign Affairs of Switzerland, on behalf of the host country. Opening statements were made by H.E. Catharina Dales, Minister of the Interior of the Netherlands on behalf of the Netherlands-European Community, and by Heads of Delegation of the participating States. Contributions to the Meeting were made by Ms. Catherine Lalumiere, Secretary General of the Council of Europe, and Mr. Jan Martenson, Under-Secretary-General in charge of the United Nations Centre for Human Rights in Geneva. The State Secretary for Foreign Affairs of the host country, Mr. Klaus Jacobi, delivered a closing address to the Meeting.

In accordance with the relevant provisions of the Charter of Paris, the representatives of the participating States had a thorough discussion on the issues of national minorities and of the rights of persons belonging to them that reflected the diversity of situations and of the legal, historical, political and economic backgrounds. They had an exchange of views on practical experience with national minorities, in particular on national legislation, democratic institutions, international instruments and other possible forms of co-operation. Views were expressed on the implementation of the relevant CSCE commitments, and the representatives of the participating States also considered the scope for the improvement of relevant standards. They also considered new measures aimed at improving the implementation of the aforementioned commitments.

A number of proposals were submitted for consideration by the Meeting and, following their deliberations, the representatives of the participating States adopted this Report.

The text of the Report of the Geneva Meeting of Experts on National Minorities will be published in each participating State, which will disseminate it and make it known as widely as possible.

The representatives of the participating States note that the Council will take into account the summing up of the Meeting, in accordance with the Charter of Paris for a New Europe.

I.

Recognizing that their observance and full exercise of human rights and fundamental freedoms, including those of persons belonging to national minorities, are the foundation of the New Europe,

Reaffirming their deep conviction that friendly relations among their peoples, as well as peace, justice, stability and democracy, require that the ethnic, cultural, linguistic and religious identity of national minorities be protected, and conditions for the promotion of that identity be created,

Convinced that, in States with national minorities, democracy requires that all persons, including those belonging to national minorities, enjoy full and effective equality of rights and fundamental freedoms and benefit from the rule of law and democratic institutions,

Aware of the diversity of situations and constitutional systems in their countries, and therefore recognizing that various approaches to the implementation of CSCE commitments regarding national minorities are appropriate,

Mindful of the importance of exerting efforts to address national minorities issues, particularly in areas where democratic institutions are being consolidated and questions relating to national minorities are of special concern,

Aware that national minorities form an integral part of the society of the States in which they live and that they are a factor of enrichment of each respective State and society,

Confirming the need to respect and implement fully and fairly their undertakings in the field of human rights and fundamental freedoms as set forth in the international instruments by which they may be bound,

Reaffirming their strong determination to respect and apply, to their full extent, all their commitments relating to national minorities and persons belonging to them in the Helsinki Final Act, the Madrid Concluding Document and the Vienna Concluding Document, the Document of the Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE, the Document of the Cracow Symposium on the Cultural Heritage as well as the Charter of Paris for a New Europe, the participating States present below the summary of their conclusions.

The representatives of the participating States took as the fundamental basis of their work the commitments undertaken by them with respect to national minorities as contained in the relevant adopted CSCE documents, in particular those in the Charter of Paris for a New Europe and the Document of the Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE, which they fully reaffirmed.

II.

The participating States stress the continued importance of a thorough review of implementation of their CSCE commitments relating to persons belonging to national minorities.

They emphasize that human rights and fundamental freedoms are the basis for the protection and promotion of rights of persons belonging to national minorities. They further recognize that questions relating to national minorities can only be satisfactorily resolved in a democratic political framework based on the rule of law, with a functioning independent judiciary. This framework guarantees full respect for human rights and fundamental freedoms, equal rights and status for all citizens, including persons

belonging to national minorities, the free expression of all their legitimate interests and aspirations, political pluralism, social tolerance and the implementation of legal rules that place effective restraints on the abuse of governmental power.

Issues concerning national minorities, as well as compliance with international obligations and commitments concerning the rights of persons belonging to them, are matters of legitimate international concern and consequently do not constitute exclusively an internal affair of the respective State.

They note that not all ethnic, cultural, linguistic or religious differences necessarily lead to the creation of national minorities.

III.

Respecting the right of persons belonging to national minorities to effective participation in public affairs, the participating States consider that when issues relating to the situation of national minorities are discussed within their countries, they themselves should have the effective opportunity to be involved, in accordance with the decision-making procedures of each State. They further consider that appropriate democratic participation of persons belonging to national minorities or their representatives in decision-making or consultative bodies constitutes an important element of effective participation in public affairs.

They consider that special efforts must be made to resolve specific problems in a constructive manner and through dialogue by means of negotiations and consultations with a view to improving the situation of persons belonging to national minorities. They recognize that the promotion of dialogue between States, and between States and persons belonging to national minorities, will be most successful when there is a free flow of information and ideas between all parties. They encourage unilateral, bilateral and multilateral efforts by governments to explore avenues for enhancing the effectiveness of their implementation of CSCE commitments relating to national minorities.

The participating States further consider that respect for human rights and fundamental freedoms must be accorded on a non-discriminatory basis throughout society. In areas inhabited mainly by persons belonging to a national minority, the human rights and fundamental freedoms of persons belonging to that minority, of persons belonging to the majority population of the respective State, and of persons belonging to other national minorities residing in these areas will be equally protected.

They reconfirm that persons belonging to national minorities have the right freely to express, preserve and develop their ethnic, cultural, linguistic or religious identity and to maintain and develop their culture in all its aspects, free of any attempts at assimilation against their will.

They will permit the competent authorities to inform the Office for Free Elections of all scheduled public elections on their territories, including those held below national level. The participating States will consider favourably, to the extent permitted by law, the presence of observers at elections held below the national level, including in areas inhabited by national minorities, and will endeavour to facilitate their access.

IV.

The participating States will create conditions for persons belonging to national minorities to have equal opportunity to be effectively involved in the public life, economic activities, and building of their societies.

In accordance with paragraph 31 of the Copenhagen Document, the participating States will take the necessary measures to prevent discrimination against individuals, particularly in respect of employment, housing and education, on the grounds of belonging or not belonging to a national minority. In that context, they will make provision, if they have not yet done so, for effective recourse to redress for individuals who have experienced discriminatory treatment on the grounds of their belonging or not belonging to a national minority, including by making available to individual victims of discrimination a broad array of administrative and judicial remedies.

The participating States are convinced that the preservation of the values and of the cultural heritage of national minorities requires the involvement of persons belonging to such minorities and that tolerance and respect for different cultures are of paramount importance in this regard. Accordingly, they confirm the importance of refraining from hindering the production of cultural materials concerning national minorities, including by persons belonging to them.

The participating States affirm that persons belonging to a national minority will enjoy the same rights and have the same duties of citizenship as the rest of the population.

The participating States reconfirm the importance of adopting, where necessary, special measures for the purpose of ensuring to persons belonging to national minorities full equality with the other citizens in the exercise and enjoyment of human rights and fundamental freedoms. They further recall the need to take the necessary measures to protect the ethnic, cultural, linguistic and religious identity of national minorities on their territory and create conditions for the promotion of that identity; any such measures will be in conformity with the principles of equality and non-discrimination with respect to the other citizens of the participating State concerned.

They recognize that such measures, which take into account, inter alia, historical and territorial circumstances of national minorities, are particularly important in areas where democratic institutions are being consolidated and national minorities issues are of special concern.

Aware of the diversity and varying constitutional systems among them, which make no single approach necessarily generally applicable, the participating States note with interest that positive results have been obtained by some of them in an appropriate democratic manner by, inter alia:

- advisory and decision-making bodies in which minorities are represented, in particular with regard to education, culture and religion;
- elected bodies and assemblies of national minority affairs;

- local and autonomous administration, as well as autonomy on a territorial basis, including the existence of consultative, legislative and executive bodies chosen through free and periodic elections;
- self-administration by a national minority of aspects concerning its identity in situations where autonomy on a territorial basis does not apply;
- decentralized or local forms of government;
- bilateral and multilateral agreements and other arrangements regarding national minorities;
- for persons belonging to national minorities, provision of adequate types and levels of education in their mother tongue with due regard to the number, geographic settlement patterns and cultural traditions of national minorities;
- funding the teaching of minority languages to the general public, as well as the inclusion of minority languages in teacher-training institutions, in particular in regions inhabited by persons belonging to national minorities;
- in cases where instruction in a particular subject is not provided in their territory in the minority language at all levels, taking the necessary measures to find means of recognizing diplomas issued abroad for a course of study completed in that language;
- creation of government research agencies to review legislation and disseminate information related to equal rights and non-discrimination;
- provision of financial and technical assistance to persons belonging to national minorities who so wish to exercise their right to establish and maintain their own educational, cultural and religious institutions, organizations and associations;
- governmental assistance for addressing local difficulties relating to discriminatory practices (e.g. a citizens relations service);

- encouragement of grassroots community relations efforts between minority communities, between majority and minority communities, and between neighbouring communities sharing borders, aimed at helping to prevent local tensions from arising and address conflicts peacefully should they arise; and
- encouragement of the establishment of permanent mixed commissions, either inter-State or regional, to facilitate continuing dialogue between the border regions concerned.

The participating States are of the view that these or other approaches, individually or in combination, could be helpful in improving the situation of national minorities on their territories.

V.

The participating States respect the right of persons belonging to national minorities to exercise and enjoy their rights alone or in community with others, to establish and maintain organizations and associations within their country, and to participate in international non-governmental organizations.

The participating States reaffirm, and will not hinder the exercise of, the right of persons belonging to national minorities to establish and maintain their own educational, cultural and religious institutions, organizations and associations.

In this regard, they recognize the major and vital role that individuals, non-governmental organizations, and religious and other groups play in fostering cross-cultural understanding and improving relations at all levels of society, as well as across international frontiers.

They believe that the first-hand observations and experience of such organizations, groups, and individuals can be of great value in promoting the implementation of CSCE commitments relating to persons belonging to national minorities. They therefore will encourage and not hinder the work of such organizations, groups and individuals and welcome their contributions in this area.

VI.

The participating States, concerned by the proliferation of acts of racial, ethnic and religious hatred, anti-semitism, xenophobia and discrimination, stress their determination to condemn, on a continuing basis, such acts against anyone.

In this context, they reaffirm their recognition of the particular problems of Roma (gypsies). They are ready to undertake effective measures in order to achieve full equality of opportunity between persons belonging to Roma ordinarily resident in their State and the rest of the resident population. They will also encourage research and studies regarding Roma and the particular problems they face.

They will take effective measures to promote tolerance, understanding, equality of opportunity and good relations between individuals of different origins within their country.

Further, the participating States will take effective measures, including the adoption, in conformity with their constitutional law and their international obligations, if they have not already done so, of laws that would prohibit acts that constitute incitement to violence based on national, racial, ethnic or religious discrimination, hostility or hatred, including anti-semitism, and policies to enforce such laws.

Moreover, in order to heighten public awareness of prejudice and hatred, to improve enforcement of laws against hate-related crime and otherwise to further efforts to address hatred and prejudice in society, they will make efforts to collect, publish on a regular basis, and make available to the public, data about crimes on their respective territories that are based on prejudice as to race, ethnic identity or religion, including the guidelines used for the collection of such data. These data should not contain any personal information.

They will consult and exchange views and information at the international level, including at future meetings of the CSCE, on crimes that manifest evidence of prejudice and hate.

VII.

Convinced that the protection of the rights of persons belonging to national minorities necessitates free flow of information and exchange of ideas, the participating States emphasize the importance of communication between persons belonging to national minorities without interference by public authorities and regardless of frontiers. The exercise of such rights may be subject only to such restrictions as are prescribed by law and are consistent with international standards. They reaffirm that no one belonging to a national minority, simply by virtue of belonging to such a minority, will be subject to penal or administrative sanctions for having had contacts within or outside his/her own country.

In access to the media, they will not discriminate against anyone based on ethnic, cultural, linguistic or religious grounds. They will make information available that will assist the electronic mass media in taking into account, in their programmes, the ethnic, cultural, linguistic and religious identity of national minorities.

They reaffirm that establishment and maintenance of unimpeded contacts among persons belonging to a national minority, as well as contacts across frontiers by persons belonging to a national minority with persons with whom they share a common ethnic or national origin, cultural heritage or religious belief, contributes to mutual understanding and promotes good-neighbourly relations.

They therefore encourage transfrontier co-operation arrangements on a national, regional and local level, inter alia, on local border crossings, the preservation of and visits to cultural and historical monuments and sites, tourism, the improvement of traffic, the economy, youth exchange, the protection of the environment and the establishment of regional commissions.

They will also encourage the creation of informal working arrangements (e.g. workshops, committees both within and between the participating States) where national minorities live, to discuss issues of, exchange experience on, and present proposals on, issues related to national minorities.

With a view to improving their information about the actual situation of national minorities, the participating States will, on a voluntary basis distribute, through the CSCE Secretariat, information to other participating States about the situation of national minorities in their respective territories, as well as statements of national policy in that respect.

The participating States will deposit with the CSCE Secretariat copies of the contributions made in the Plenary of the CSCE Meeting of Experts on National Minorities which they wish to be available to the public.

VIII.

The participating States welcome the positive contribution made by the representatives of the United Nations and the Council of Europe to the proceedings of the Geneva Meeting of Experts on National Minorities. They note that the work and activities of these organizations will be of continuing relevance to the CSCE's consideration of national minorities issues.

The participating States note that appropriate CSCE mechanisms may be of relevance in addressing questions relating to national minorities. Further, they recommend that the third Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE consider expanding the Human Dimension Mechanism. They will promote the involvement of individuals in the protection of their rights, including the rights of persons belonging to national minorities.

Finally, the representatives of the participating States request the Executive Secretary of the Meeting to transmit this Report to the third Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE.

The representatives of the participating States express their profound gratitude to the people and Government of Switzerland for the excellent organization of the Geneva Meeting and the warm hospitality extended to the delegations that participated in the Meeting.

Geneva, 19 July 1991

INFORME DE LA REUNION DE EXPERTOS SOBRE MINORIAS NACIONALES
DE LA CSCE, GINEBRA, 1991

Los representantes de Albania, Alemania, Austria, Bélgica, Bulgaria, Canadá, República Federal Checa y Eslovaca, Chipre, Dinamarca, España, Estados Unidos de América, Finlandia, Francia, Grecia, Hungría, Irlanda, Islandia, Italia, Liechtenstein, Luxemburgo, Malta, Mónaco, Noruega, Países Bajos-Comunidad Europea, Polonia, Portugal, Reino Unido, Rumania, San Marino, Santa Sede, Suecia, Suiza, Turquía, Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas y Yugoslavia se reunieron en Ginebra del 1 al 19 de julio de 1991, de conformidad con las disposiciones pertinentes de la Carta de París para una Nueva Europa.

El Excmo. Sr. René Felber, Canciller Federal, Jefe del Departamento Federal de Asuntos Exteriores de Suiza, pronunció un discurso de apertura en nombre del país anfitrión. Pronunciaron declaraciones de apertura la Excmo. Sra. Catherina Dales, Ministra del Interior de los Países Bajos, en nombre de los Países Bajos-Comunidad Europea, y algunos jefes de delegación de los Estados participantes. La Sra. Catherine Lalumière, Secretaria General del Consejo de Europa y el Sr. Jan Martenson, Subsecretario General a cargo del Centro de Derechos Humanos de las Naciones Unidas en Ginebra presentaron contribuciones a la Reunión. El Sr. Klaus Jacobi, Secretario de Estado para Asuntos Exteriores del país anfitrión, pronunció el discurso de clausura de la Reunión.

De conformidad con las disposiciones pertinentes de la Carta de París, los representantes de los Estados participantes celebraron una discusión a fondo sobre las cuestiones de las minorías nacionales y los derechos de las personas pertenecientes a las mismas que puso de relieve la diversidad de situaciones y de antecedentes jurídicos, históricos, políticos y económicos. Celebraron intercambios de puntos de vista sobre la experiencia práctica en el campo de las minorías nacionales, en particular en materia de legislación nacional, instituciones democráticas, instrumentos internacionales y otras posibles formas de cooperación. Se expresaron opiniones sobre el cumplimiento de los compromisos pertinentes de la CSCE y los representantes de los Estados participantes examinaron también en qué medida podrán mejorarse las normas pertinentes. Asimismo, examinaron nuevas medidas encaminadas a mejorar el cumplimiento de los compromisos antes mencionados.

Se presentaron algunas propuestas a la consideración de la Reunión y, tras sus deliberaciones, los representantes de los Estados participantes aprobaron el presente informe.

El texto del Informe de la Reunión de Expertos sobre Minorías Nacionales de Ginebra se publicará en cada Estado participante, el cual se encargará de difundirlo y de darlo a conocer en la mayor medida posible.

Los representantes de los Estados participantes toman nota de que el Consejo tendrá en cuenta la recapitulación de la Reunión, de conformidad con la Carta de París para una Nueva Europa.

I.

Reconociendo que el cumplimiento y el pleno disfrute de los derechos humanos y de las libertades fundamentales, inclusive los de personas pertenecientes a minorías nacionales, constituyen el fundamento de la Nueva Europa,

Reafirmando su profunda convicción de que unas relaciones amistosas entre sus pueblos, así como la paz, la justicia, la estabilidad y la democracia, requieren que se proteja la identidad étnica, cultural, lingüística y religiosa de las minorías nacionales y que se creen las condiciones necesarias para el fomento de esa identidad,

Convencidos de que, en los Estados donde hay minorías nacionales, la democracia exige que todas las personas, incluidas las pertenecientes a minorías nacionales, gocen plena y efectivamente de igualdad de derechos y libertades fundamentales y disfruten del estado de derecho y de las instituciones democráticas,

Conscientes de la diversidad de situaciones y de sistemas constitucionales de sus países y reconociendo por lo tanto que para el cumplimiento de los compromisos de la CSCE acerca de las minorías nacionales resultan aplicables distintos planteamientos,

Conscientes de la importancia que tiene desempeñar esfuerzos para hacer frente a los problemas de las minorías nacionales, particularmente en zonas donde están consolidándose las instituciones democráticas y donde suscitan especial preocupación las cuestiones relacionadas con las minorías nacionales,

Conscientes de que las minorías nacionales forman parte integrante de la sociedad de los Estados en que viven y de que son un factor de enriquecimiento de cada uno de esos Estados y sociedades,

Confirmando la necesidad de respetar y observar plena y equitativamente sus compromisos en el campo de los derechos humanos y de las libertades fundamentales, tal como se estipula en los instrumentos internacionales de que son parte,

Reafirmando su enérgica decisión de respetar y aplicar plenamente todos los compromisos relativos a minorías nacionales y a personas pertenecientes a ellas que constan en el Acta Final de Helsinki, el Documento de Clausura de Madrid y el Documento de Clausura de Viena, el Documento de la Reunión de Copenhague de la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE, el Documento del Simposio de Cracovia sobre el Patrimonio Cultural, así como la Carta de París para una Nueva Europa, los Estados participantes presentan a continuación el resumen de sus conclusiones.

Los representantes de los Estados participantes tomaron como base fundamental de su labor los compromisos adquiridos por ellos con respecto a las minorías nacionales que figuran en los documentos pertinentes adoptados por la CSCE, en particular la Carta de París para una Nueva Europa y el Documento de la Reunión de Copenhague de la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE, y reafirmaron plenamente estos compromisos.

II.

Los Estados participantes subrayan la constante importancia de un examen a fondo del cumplimiento de los compromisos de la CSCE relativos a personas pertenecientes a minorías nacionales.

Insisten en que los derechos humanos y las libertades fundamentales son la base de la protección y fomento de los derechos de personas pertenecientes a minorías nacionales. Reconocen, por otra parte, que las cuestiones relativas a las minorías nacionales sólo pueden resolverse satisfactoriamente en un marco político democrático basado en el estado de derecho, con un funcionamiento independiente de la justicia. Este marco garantiza el pleno respeto de los derechos humanos y las libertades fundamentales, la de derechos y condición jurídica iguales para todos los ciudadanos, incluidos los pertenecientes a minorías nacionales, la libre expresión por parte de todos de sus intereses y aspiraciones legítimos, el pluralismo político, la tolerancia social y la aplicación de normas legales que fijen limitaciones efectivas contra abusos del poder gubernamental.

Las cuestiones relativas a las minorías nacionales, así como el cumplimiento de las obligaciones y los compromisos internacionales relacionados con los derechos de las personas pertenecientes a las mismas, son asuntos de legítima preocupación internacional y por consiguiente no constituyen exclusivamente asuntos internos de cada Estado.

Toman nota de que no todas las diferencias étnicas, culturales, lingüísticas o religiosas conducen necesariamente a la creación de minorías nacionales.

III.

Respetando el derecho de personas pertenecientes a minorías nacionales de participar de manera efectiva en los asuntos públicos, los Estados participantes consideran que cuando se trata en sus territorios de problemas relativos a la situación de minorías nacionales, las propias minorías deberán tener la ocasión de participar efectivamente, con arreglo a los procedimientos de adopción de decisiones de cada Estado. Consideran también que la apropiada

participación democrática de personas pertenecientes a minorías nacionales o de sus representantes en órganos facultados para adoptar decisiones o de carácter consultivo constituye un importante elemento de una verdadera participación en los asuntos públicos.

Consideran que han de hacerse particulares esfuerzos para resolver los problemas concretos de un modo constructivo y gracias al diálogo mediante negociaciones y consultas encaminadas a mejorar la situación de las personas pertenecientes a minorías nacionales. Reconocen que la promoción del diálogo entre Estados y entre éstos y personas pertenecientes a minorías nacionales tendrá el máximo éxito cuando haya una libre circulación de información y de ideas entre todas las partes. Alientan los esfuerzos unilaterales, bilaterales y multilaterales de los gobiernos con objeto de buscar formas de incrementar la eficacia del cumplimiento de los compromisos de la CSCE referentes a las minorías nacionales.

Los Estados participantes consideran asimismo que el respeto de los derechos humanos y de las libertades fundamentales ha de concederse de forma no discriminatoria en toda la sociedad. En las zonas habitadas principalmente por personas pertenecientes a una minoría nacional, se protegerán por igual los derechos humanos y las libertades fundamentales de las personas pertenecientes a tal minoría, los de las personas pertenecientes a la población mayoritaria del Estado en cuestión y los de las personas pertenecientes a otras minorías nacionales residentes en esas zonas.

Reafirman que las personas pertenecientes a minorías nacionales tienen el derecho de expresar, preservar y desarrollar libremente su identidad étnica, cultural, lingüística o religiosa y de mantener y desarrollar su cultura en todos sus aspectos, libres de cualquier tentativa de asimilación contra su voluntad.

Permitirán a las autoridades competentes informar a la Oficina pro Elecciones Libres de todas las elecciones públicas previstas en sus territorios, incluidas las celebradas a nivel inferior al nacional. Los Estados participantes acogerán favorablemente, en la medida permitida por la ley, la presencia de observadores en elecciones celebradas a nivel inferior al nacional, incluso en zonas habitadas por minorías nacionales y se esforzarán por facilitar el acceso de los mismos.

IV.

Los Estados participantes crearán las condiciones requeridas para que las personas pertenecientes a minorías nacionales tengan las mismas oportunidades de participar efectivamente en la vida pública, la actividad económica y la construcción de la sociedad.

De conformidad con el párrafo 31 del Documento de Copenhague, los Estados participantes adoptarán las medidas necesarias para impedir la discriminación contra personas, particularmente en lo que hace al empleo, la vivienda y la educación, por el hecho de que pertenezcan o no a una minoría nacional. A este propósito, tomarán medidas, si todavía no lo han hecho, para que puedan presentar recursos efectivos los individuos que hayan sufrido un trato discriminatorio por el hecho de pertenecer o no a una minoría nacional, en particular poniendo a la disposición de las personas víctimas de discriminación una amplia serie de recursos administrativos y judiciales.

Los Estados participantes están convencidos de que la conservación de los valores y del patrimonio cultural de las minorías nacionales requiere la participación de personas pertenecientes a esas minorías y de que a este respecto tienen una importancia fundamental la tolerancia y el respeto de diferentes culturas. En consecuencia, confirman la importancia de abstenerse de entorpecer la producción de materiales culturales concernientes a minorías nacionales, incluso por personas pertenecientes a tales minorías.

Los Estados participantes afirman que las personas pertenecientes a una minoría nacional tendrán los mismos derechos y obligaciones de ciudadanía que el resto de la población.

Los Estados participantes reafirman la importancia de adoptar, cuando proceda, medidas especiales con objeto de garantizar a las personas pertenecientes a minorías nacionales la plena igualdad con los demás ciudadanos en el ejercicio y disfrute de los derechos humanos y las libertades fundamentales. Reiteran además la necesidad de tomar las medidas necesarias para proteger la identidad étnica, cultural, lingüística y religiosa de las minorías nacionales en su territorio y de crear las condiciones necesarias para la promoción de esa identidad; tales medidas serán conformes a los principios de igualdad y de no discriminación con respecto a los demás ciudadanos del Estado participante de que se trate.

Reconocen que dichas medidas, que toman en cuenta entre otras cosas, las circunstancias históricas y territoriales de las minorías nacionales, son particularmente importantes en regiones en donde las instituciones democráticas están siendo consolidadas y las cuestiones relativas a las minorías nacionales suscitan especial preocupación.

Conscientes de la diversidad y variedad de sistemas constitucionales que existen entre ellos, que hacen que un solo enfoque no sea necesariamente aplicable a todos, los Estados participantes toman nota con interés de que se han obtenido resultados positivos por parte de algunos de ellos de una manera democrática adecuada, mediante, entre otras cosas:

- organismos asesores y de toma de decisiones en los que las minorías están representadas, en particular en lo que respecta a la educación, la cultura y la religión;
- órganos y asambleas elegidos para tratar de cuestiones de minorías nacionales;
- administración local y autónoma, así como autonomía sobre una base territorial, inclusive la existencia de órganos consultivos, legislativos y ejecutivos elegidos mediante elecciones libres y periódicas;
- gestión autónoma por una minoría nacional de los aspectos relativos a su identidad en las situaciones en que no se aplica la autonomía sobre una base territorial;
- formas de gobierno descentralizadas o locales;
- acuerdos bilaterales o multilaterales y otros con respecto a las minorías nacionales;
- para las personas pertenecientes a las minorías nacionales, provisión de tipos y niveles adecuados de educación en su idioma materno con la debida consideración del número, características del asentamiento geográfico y tradiciones culturales de las minorías nacionales;

- sufragando la enseñanza de los idiomas de las minorías al público en general así como la inclusión de idiomas de minorías en las instituciones de formación de maestros, en particular en regiones habitadas por personas pertenecientes a minorías nacionales;
- en aquellos casos en que la enseñanza de una disciplina determinada no se facilite en su territorio a todos los niveles en el idioma de la minoría, tomar las medidas necesarias para buscar los medios de reconocer los diplomas otorgados en el extranjero para los estudios realizados en ese idioma;
- creación de organismos gubernamentales de investigación para examinar la legislación y difundir información relativa a la igualdad de derechos y la no discriminación;
- prestación de ayuda financiera y técnica a personas pertenecientes a minorías nacionales que deseen ejercer su derecho a establecer y mantener sus propias instituciones, organizaciones y asociaciones educativas, culturales y religiosas;
- ayuda gubernamental para hacer frente a las dificultades locales relativas a las prácticas discriminatorias (por ejemplo, un servicio de relaciones entre ciudadanos);
- fomento de las relaciones comunitarias al nivel más sencillo entre comunidades minoritarias, entre comunidades mayoritarias y minoritarias, y entre comunidades vecinas que compartan fronteras encaminadas a contribuir a evitar que surjan tensiones locales y hacer frente pacíficamente a los conflictos que puedan presentarse; y
- fomento del establecimiento de comisiones mixtas permanentes, a nivel interestatal o regional, para facilitar un diálogo continuo entre las regiones fronterizas de que se trate.

Los Estados participantes estiman que éstos u otros enfoques, individualmente o combinados, pueden contribuir a mejorar la situación de las minorías nacionales en sus territorios.

V.

Los Estados participantes respetarán el derecho de las personas pertenecientes a minorías nacionales a ejercer y disfrutar sus derechos individualmente o en comunidad con otros, a establecer y mantener organizaciones y asociaciones dentro de su territorio, y a participar en organizaciones internacionales no gubernamentales.

Los Estados participantes reafirman que no impedirán el ejercicio del derecho de las personas pertenecientes a minorías nacionales a establecer y mantener sus propias instituciones, organizaciones y asociaciones educativas, culturales y religiosas.

A este respecto, reconocen el importante y esencial papel que las personas, organizaciones no gubernamentales, religiosas y otros grupos pueden desempeñar para fomentar el entendimiento intercultural y mejorar las relaciones a todos los niveles de la sociedad, así como a través de las fronteras internacionales.

Estiman que observaciones y experiencias de primera mano de esas organizaciones, grupos y personas pueden ser de gran valor para fomentar el cumplimiento de los compromisos de la CSCE relativos a las personas pertenecientes a minorías nacionales. Por consiguiente, alentarán la labor de esas organizaciones, grupos y personas, y acogerán con agrado sus contribuciones en este campo y no pondrán obstáculos a la misma.

VI.

Los Estados participantes, preocupados por la proliferación de actos de odio racial, étnico y religioso, antisemitismo, xenofobia y discriminación subrayan su determinación de condenar, sobre una base continua, dichos actos contra cualquiera.

En este contexto, reafirman su reconocimiento de los particulares problemas que presenta el grupo romaní (gitanos). Están dispuestos a adoptar medidas eficaces para lograr una plena igualdad de oportunidades entre las personas pertenecientes al grupo romaní normalmente residentes en un Estado y el resto de la población que en él reside. Asimismo, fomentarán la investigación y los estudios relativos al grupo romaní y a los particulares problemas con que se enfrenta.

Tomarán medidas efectivas para fomentar la tolerancia, la comprensión, la igualdad de oportunidades y buenas relaciones entre personas de diferentes orígenes dentro de su país.

Por otra parte, los Estados participantes tomarán medidas efectivas, incluida la adopción, de conformidad con sus leyes constitucionales y sus obligaciones internacionales, si aún no lo han hecho así, de leyes que prohíban actos que constituyan incitación a la violencia basada en la discriminación nacional, racial, étnica o religiosa, la hostilidad o el odio, incluido el antisemitismo y las políticas necesarias para aplicar dichas leyes.

Además, con el fin de incrementar la toma de conciencia del público sobre los prejuicios y el odio y mejorar la aplicación de las leyes contra los delitos relacionados con el odio y, de otro modo, aumentar los esfuerzos encaminados a hacer frente al prejuicio y al odio en sociedad, harán esfuerzos para recopilar, publicar sobre una base regular, y poner a la disposición del público datos sobre los delitos cometidos en sus respectivos territorios basados en prejuicios así como en la raza, la identidad étnica o la religión, con inclusión de las directrices utilizadas para la recopilación de dichos datos. Esos datos no deberían incluir información personal alguna.

Consultarán e intercambiarán puntos de vista e información a nivel internacional, incluso en futuras reuniones de la CSCE, sobre delitos que evidencien prejuicio y odio.

VII.

Convencidos de que la protección de las personas pertenecientes a minorías nacionales necesita una libre circulación de información e intercambio de ideas, los Estados participantes subrayan la importancia de la comunicación entre personas pertenecientes a minorías nacionales sin interferencia de las autoridades públicas y sin consideración de fronteras. El ejercicio de tales derechos sólo estará sujeto a las restricciones prescritas por la ley que se conformen a las normas internacionales. Reafirman que ningún miembro de una minoría nacional, por el solo hecho de pertenecer a dicha minoría, será objeto de sanciones penales o administrativas por haber mantenido contactos dentro o fuera de su propio país.

Por lo que respecta al acceso a los grandes medios de comunicación, no harán discriminación alguna basada en motivos étnicos, culturales, lingüísticos o religiosos. Harán asequible información que ayude a los grandes medios electrónicos de comunicación a tomar en cuenta en sus programas, la identidad étnica, cultural, lingüística y religiosa de las minorías nacionales.

Reafirman que el establecimiento y mantenimiento de contactos sin trabas entre personas pertenecientes a una minoría nacional, así como contactos a través de las fronteras con personas pertenecientes a una minoría nacional con quien comparten un origen étnico o nacional, patrimonio cultural o creencia religiosa comunes, contribuye al entendimiento mutuo y fomenta las relaciones de buena vecindad.

Por consiguiente, fomentan los acuerdos de cooperación transfronteriza a nivel nacional, regional y local, entre otras cosas sobre los cruces de fronteras locales, la conservación de los monumentos y lugares culturales e históricos y las visitas a los mismos, el turismo, el mejoramiento del tráfico, la economía, el intercambio de jóvenes, la protección del medio ambiente y el establecimiento de comisiones regionales.

Asimismo, fomentarán la creación de acuerdos oficiosos de trabajo (por ejemplo talleres, comités dentro de los Estados participantes y entre ellos) en zonas donde vivan minorías nacionales, para discutir las cuestiones relativas al intercambio de experiencias y presentación de propuestas sobre cuestiones relacionadas con las minorías nacionales.

Con miras a mejorar su información sobre la verdadera situación de las minorías nacionales, los Estados participantes distribuirán, sobre una base voluntaria, por conducto de la Secretaría de la CSCE, información a otros Estados participantes sobre la situación de las minorías nacionales en sus respectivos territorios, así como declaraciones de política nacional a este respecto.

Los Estados participantes depositarán en la Secretaría de la CSCE copias de las contribuciones presentadas en las sesiones plenarias de la Reunión de Expertos sobre Minorías Nacionales de la CSCE que deseen dar a conocer al público.

VIII.

Los Estados participantes acogen con satisfacción la positiva contribución aportada por los representantes de las Naciones Unidas y del Consejo de Europa a las deliberaciones de la Reunión de Expertos sobre Minorías Nacionales de Ginebra. Toman nota de que la labor y las actividades de esas organizaciones seguirán conservando su importancia cuando la CSCE examine las cuestiones relativas a las minorías nacionales.

Los Estados participantes toman nota de que los mecanismos adecuados de la CSCE pueden contribuir a hacer frente a las cuestiones relativas a las minorías nacionales. Por otra parte, recomiendan que la tercera Reunión de la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE examine la posibilidad de ampliar el mecanismo de la dimensión humana. Promoverán la participación de personas en la protección de sus derechos, incluidos los derechos de las personas pertenecientes a minorías nacionales.

Por último, los representantes de los Estados participantes piden al Secretario Ejecutivo de la Reunión que transmita el presente informe a la tercera Reunión de la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE.

Los representantes de los Estados participantes expresan su profundo agradecimiento al pueblo y al Gobierno de Suiza por la excelente organización de la Reunión de Ginebra y la calurosa hospitalidad prestada a las delegaciones que participaron en la Reunión.

Ginebra, 19 de julio de 1991

RAPPORT DE LA REUNION D'EXPERTS DE LA CSCE
SUR LES MINORITES NATIONALES, GENEVE 1991

Les représentants de l'Albanie, de l'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de l'Autriche, de la Belgique, de la Bulgarie, du Canada, de Chypre, du Danemark, de l'Espagne, de la Finlande, de la France, de la Grèce, de la Hongrie, de l'Irlande, de l'Islande, de l'Italie, du Liechtenstein, du Luxembourg, de Malte, de Monaco, de la Norvège, des Pays-Bas-Communauté européenne, de Malte, de la Pologne, du Portugal, de la Roumanie, du Royaume-Uni, de Saint-Marin, du Saint-Siège, de la Suède, de la Suisse, de la République fédérative tchèque et slovaque, de la Turquie, de l'Union des Républiques socialistes soviétiques et de la Yougoslavie se sont réunis à Genève du 1er au 19 juillet 1991 conformément aux dispositions pertinentes de la Charte de Paris pour une nouvelle Europe.

Les participants à la Réunion ont entendu une allocution d'ouverture prononcée par M. René Felber, conseiller fédéral, chef du Département fédéral des affaires étrangères de la Suisse, au nom du pays hôte. Des déclarations d'ouverture ont été prononcées par S.E. Catharina Dales, ministre de l'intérieur des Pays-Bas, au nom des Pays-Bas-Communauté européenne et par les Chefs de délégation des Etats participants. Des contributions à la Réunion ont été faites par Mme Catherine Lalumière, secrétaire général du Conseil de l'Europe et par M. Jan Martenson, secrétaire général adjoint chargé du Centre des Nations Unies pour les droits de l'homme à Genève. M. Klaus Jacobi, secrétaire d'Etat aux affaires étrangères du pays hôte, a prononcé une allocution de clôture devant les participants à la Réunion.

Conformément aux dispositions pertinentes de la Charte de Paris, les représentants des Etats participants ont eu une discussion approfondie sur la question des minorités nationales et des droits des personnes appartenant à ces minorités, qui a fait ressortir la diversité des situations et de l'arrière-plan juridique, historique, politique et économique. Ils ont eu un échange de vues sur l'expérience pratique dans le domaine des minorités nationales, en particulier sur la législation nationale, les institutions démocratiques, les instruments internationaux et d'autres formes éventuelles de coopération. Des avis ont été exprimés sur l'exécution des engagements

pertinents de la CSCE et les représentants des Etats participants ont également examiné la mesure dans laquelle les critères correspondants peuvent être améliorés. Ils ont en outre examiné de nouvelles mesures visant à améliorer l'exécution des engagements susmentionnés.

Un certain nombre de propositions ont été soumises à l'examen des participants à la Réunion et les représentants des Etats participants, après en avoir délibéré, ont adopté le présent Rapport.

Le texte du Rapport de la Réunion d'experts de Genève sur les minorités nationales sera publié dans chaque Etat participant, qui le diffusera et le fera connaître aussi largement que possible.

Les représentants des Etats participants notent que le Conseil prendra en compte les conclusions de la Réunion, conformément aux dispositions de la Charte de Paris pour une nouvelle Europe.

I

Reconnaissant que le respect et le plein exercice des droits de l'homme et des libertés fondamentales, y compris ceux des personnes appartenant à des minorités nationales, sont le fondement de la nouvelle Europe,

Réaffirmant leur profonde conviction que des relations amicales entre leurs peuples, de même que la paix, la justice, la stabilité et la démocratie, exigent que l'identité ethnique, culturelle, linguistique et religieuse des minorités nationales soit protégée et que soient créées les conditions de la promotion de cette identité,

Convaincus que, dans des Etats où existent des minorités nationales, la démocratie exige que toutes les personnes, y compris celles qui appartiennent à de telles minorités, jouissent d'une égalité totale et effective de leurs droits et libertés fondamentales et bénéficient des avantages inhérents à l'Etat de droit et aux institutions démocratiques,

Tenant compte de la diversité des situations et des systèmes constitutionnels dans leurs pays et reconnaissant par conséquent que diverses méthodes conviennent pour mettre en oeuvre les engagements pris dans le cadre de la CSCE en ce qui concerne les minorités nationales,

Conscients qu'il est important de faire des efforts pour traiter des questions relatives aux minorités nationales, en particulier là où les institutions démocratiques sont en cours de consolidation et où les questions relatives aux minorités nationales appellent une attention spéciale,

Tenant compte de ce que les minorités nationales font partie intégrante de la société des Etats dans lesquels elles vivent et qu'elles sont un facteur d'enrichissement de chacun de ces Etats et de chacune de ces sociétés,

Confirmant qu'il est nécessaire de respecter et exécuter pleinement et équitablement leurs engagements dans le domaine des droits de l'homme et des libertés fondamentales, tels qu'énoncés dans les instruments internationaux par lesquels ils peuvent être liés,

Réaffirmant qu'ils sont fermement résolus à respecter et appliquer dans leur intégralité tous les engagements relatifs aux minorités nationales et aux personnes appartenant à ces minorités qu'ils ont contractés dans l'Acte final de Helsinki, dans les Documents de clôture de Madrid et de Vienne, dans le Document de la Réunion de Copenhague de la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE, dans le Document du Colloque de Cracovie sur le patrimoine culturel, ainsi que dans la Charte de Paris pour une nouvelle Europe, les Etats participants présentent ci-après le résumé de leurs conclusions.

Les représentants des Etats participants se sont fondés, pour leurs travaux, sur les engagements qu'ils ont contractés en ce qui concerne les minorités nationales, tels qu'ils apparaissent dans les documents pertinents adoptés dans le cadre de la CSCE, en particulier ceux que contiennent la Charte de Paris pour une nouvelle Europe et le Document de la Réunion de Copenhague de la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE, qu'ils ont pleinement réaffirmés.

II

Les Etats participants soulignent l'importance d'un examen approfondi continu de l'exécution des engagements qu'ils ont pris dans le cadre de la CSCE en ce qui concerne les personnes appartenant à des minorités nationales.

Ils soulignent que les droits de l'homme et les libertés fondamentales sont le fondement de la protection et de la promotion des droits des personnes appartenant à des minorités nationales. Ils reconnaissent en outre que les questions relatives aux minorités nationales ne peuvent être résolues de manière satisfaisante que dans un cadre politique démocratique fondé sur l'Etat de droit, avec un système judiciaire indépendant et efficace. Un tel cadre garantit le plein respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales, l'égalité des droits et de condition pour tous les citoyens, y compris pour les personnes appartenant à des minorités nationales, la libre expression de tous leurs intérêts et aspirations légitimes, le pluralisme politique, la tolérance sociale et l'application des dispositions légales qui s'opposent de façon effective aux abus de pouvoir de la part de l'Etat.

Les problèmes concernant les minorités nationales, de même que le respect des obligations et engagements internationaux relatifs aux droits des personnes appartenant à ces minorités, sont des questions qui appellent à juste titre l'attention de tous les pays et ne constituent donc pas exclusivement une affaire intérieure à chaque Etat.

Ils notent que toutes les différences ethniques, culturelles, linguistiques ou religieuses ne conduisent pas nécessairement à la création de minorités nationales.

III

Respectant le droit des personnes appartenant à des minorités nationales de prendre effectivement part aux affaires publiques, les Etats participants estiment que, lorsque sont débattus dans leur pays des problèmes relatifs à la situation des minorités nationales, ces dernières devraient avoir la possibilité effective de jouer un rôle, conformément aux procédures de prise de décisions propres à chaque Etat. Ils estiment en outre qu'une participation démocratique appropriée des personnes appartenant à des minorités nationales, ou de représentants de celles-ci, dans des organes de décision ou de consultation constitue un élément important d'une participation effective aux affaires publiques.

Ils considèrent que des efforts particuliers doivent être faits pour résoudre les problèmes spécifiques d'une manière constructive et en ayant recours au dialogue, par voie de négociations et de consultations, en vue d'améliorer la situation des personnes appartenant à des minorités nationales. Ils reconnaissent qu'on ne saurait mieux promouvoir le dialogue entre Etats, ainsi qu'entre les Etats et les personnes appartenant à des minorités nationales, qu'en assurant une libre circulation des informations et des idées entre toutes les parties. Ils encouragent les efforts unilatéraux, bilatéraux et multilatéraux de la part des gouvernements pour étudier les moyens de renforcer l'efficacité de l'exécution par chacun d'eux des engagements pris dans le cadre de la CSCE en ce qui concerne les minorités nationales.

Les Etats participants considèrent en outre que le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales doit être assuré d'une manière non discriminatoire dans l'ensemble de la société. Là où vivent principalement des personnes appartenant à une minorité nationale, les droits de l'homme et les libertés fondamentales des personnes appartenant à cette minorité, des personnes appartenant à la population majoritaire de l'Etat concerné et des personnes appartenant à d'autres minorités nationales résidant dans la même région seront protégés de la même façon.

Ils confirment à nouveau que les personnes appartenant à des minorités nationales ont le droit d'exprimer, de préserver et de développer librement leur identité ethnique, culturelle, linguistique ou religieuse et de conserver et développer leur culture sous tous ses aspects, en étant à l'abri de toute tentative d'assimilation contre leur gré.

Ils autoriseront les autorités compétentes à informer le Bureau des élections libres de toute élection publique prévue sur leur territoire, y compris celles qui seront organisées à un niveau inférieur au niveau national. Les Etats participants considéreront favorablement, dans la mesure où la loi le permet, la présence d'observateurs à des élections tenues à un niveau inférieur au niveau national, en particulier là où vivent des minorités nationales, et ils s'efforceront de leur en faciliter l'accès sur les lieux.

IV

Les Etats participants créeront les conditions voulues pour que les personnes appartenant à des minorités nationales aient des chances égales de prendre une part effective à la vie publique, aux activités économiques et à la construction de leurs sociétés respectives.

Conformément aux dispositions du paragraphe 31 du Document de Copenhague, les Etats participants prendront les mesures nécessaires pour prévenir toute discrimination à l'encontre de personnes, notamment en matière d'emploi, de logement et d'éducation, sur la base de l'appartenance ou de la non-appartenance à une minorité nationale. Dans ce contexte ils offriront, s'ils ne l'ont déjà fait, des moyens de recours efficaces aux personnes ayant fait l'objet d'un traitement discriminatoire sur la base de leur appartenance ou de leur non-appartenance à une minorité nationale, notamment en offrant aux personnes victimes d'une discrimination un large éventail de recours administratifs et juridictionnels.

Les Etats participants sont convaincus que la préservation des valeurs et du patrimoine culturel des minorités nationales nécessite la participation des personnes appartenant à ces minorités et que la tolérance et le respect des différentes cultures sont d'une importance primordiale à cet égard. En conséquence ils confirment qu'il importe de s'abstenir de faire obstacle à la production de matériels culturels concernant les minorités nationales, y compris par des personnes appartenant à ces minorités.

Les Etats participants affirment que les personnes appartenant à une minorité nationale jouiront des mêmes droits et auront les mêmes devoirs, en tant que citoyens, que le reste de la population.

Les Etats participants réaffirment qu'il est important d'adopter, s'il y a lieu, des mesures spéciales destinées à garantir aux personnes appartenant à des minorités nationales la pleine égalité avec les autres citoyens dans l'exercice et la jouissance des droits de l'homme et des libertés fondamentales. Ils rappellent en outre qu'il y a lieu de prendre les mesures nécessaires pour protéger l'identité ethnique, culturelle, linguistique et religieuse des minorités nationales vivant sur leur territoire et créer

des conditions propres à promouvoir cette identité; toute mesure de cette nature devra être conforme aux principes d'égalité et de non-discrimination à l'égard des autres citoyens de l'Etat participant concerné.

Ils reconnaissent que ces mesures, dans lesquelles sont notamment prises en considération les conditions historiques et territoriales des minorités nationales, sont particulièrement importantes là où des institutions démocratiques sont en cours de consolidation et où les questions relatives aux minorités nationales appellent une attention particulière.

Conscients de leur diversité de leurs systèmes constitutionnels qui varient d'un pays à l'autre, qui fait qu'une seule et même approche n'est pas nécessairement partout applicable, les Etats participants notent avec intérêt que des résultats positifs ont été obtenus par certains d'entre eux, selon des voies démocratiques appropriées, entre autres :

- par des organes de consultation et de décision dans lesquels les minorités sont représentées, en particulier pour ce qui est de l'éducation, de la culture et de la religion;
- par des organes et assemblées élus chargés des affaires des minorités nationales;
- par une administration locale et autonome, ainsi que par une autonomie sur une base territoriale, notamment grâce à l'existence d'organes consultatifs, législatifs et exécutifs constitués par voie d'élections libres et périodiques;
- par la gestion autonome, par une minorité nationale, des aspects relatifs à son identité dans les cas où une autonomie sur une base territoriale n'est pas applicable;
- par des formes décentralisées ou locales d'administration;
- par des accords bilatéraux et multilatéraux et d'autres arrangements concernant les minorités nationales;

- en offrant aux personnes appartenant à des minorités nationales un enseignement dans leur langue maternelle, d'un type et d'un niveau satisfaisants, compte dûment tenu de l'effectif, des schémas de répartition géographique et des traditions culturelles de ces minorités;
- par le financement de l'enseignement des langues des minorités dans le grand public en incluant ces langues dans l'enseignement dispensé dans les établissements de formation pédagogique, en particulier dans les régions où vivent des personnes appartenant à des minorités nationales;
- en prenant, dans les cas où l'enseignement d'une discipline donnée ne peut pas être assuré sur leur territoire, à tous les niveaux, dans la langue des minorités, les mesures nécessaires pour dégager les modalités de reconnaissance des diplômes délivrés à l'étranger et sanctionnant l'accomplissement d'un cycle d'études dans cette langue;
- par la création d'organismes publics de recherche ayant pour mission d'examiner la législation et de diffuser des informations concernant l'égalité des droits et la non-discrimination;
- par l'octroi d'une assistance financière et technique aux personnes appartenant à des minorités nationales qui désirent exercer leur droit d'établir leurs propres institutions, organisations et associations éducatives, culturelles et religieuses et d'en assurer le fonctionnement;
- par l'assistance de l'Etat pour résoudre des difficultés locales liées à des pratiques discriminatoires (par exemple, par un service de relations entre citoyens);
- par l'encouragement des efforts portant au niveau le plus élémentaire sur les relations sociales entre communautés minoritaires, entre communautés majoritaires et communautés minoritaires et entre communautés voisines ayant une frontière commune, afin de prévenir l'apparition de tensions locales et de régler de manière pacifique d'éventuels conflits;

- en encourageant la mise en place de commissions mixtes permanentes, intergouvernementales ou régionales, pour faciliter un dialogue constant entre les régions frontalières concernées.

Les Etats participants sont d'avis que ces approches, ou d'autres, mises en oeuvre séparément ou de manière combinée, peuvent contribuer utilement à l'amélioration de la situation des minorités nationales sur leur territoire.

V

Les Etats participants respectent le droit des personnes appartenant à des minorités nationales d'exercer et de jouir, individuellement ou en commun, de leurs droits de créer et de maintenir des organisations et associations dans leur pays, et de participer à des organisations internationales non gouvernementales.

Les Etats participants réaffirment le droit des personnes appartenant à des minorités nationales de créer et de maintenir leurs propres institutions, organisations et associations éducatives, culturelles et religieuses, et ne s'opposeront pas à l'exercice de ce droit.

A cet égard, ils reconnaissent le rôle majeur et déterminant que jouent les personnes, les organisations non gouvernementales et les groupes, confessionnels et autres, dans la promotion de la compréhension entre les cultures et dans l'amélioration des relations, à tous les niveaux de la société ainsi que par-delà les frontières internationales.

Ils sont convaincus que l'observation directe et l'expérience de ces organisations, groupes et individus peuvent être extrêmement précieuses pour promouvoir l'exécution des engagements de la CSCE relatifs aux personnes appartenant à des minorités nationales. Ils encourageront donc les travaux de ces organisations, groupes et individus et n'y feront pas obstacle, et ils accueilleront favorablement leurs contributions en la matière.

VI

Les Etats participants, préoccupés par la prolifération des actes inspirés par la haine raciale, ethnique et religieuse, par l'antisémitisme, la xénophobie et la discrimination, soulignent leur détermination à condamner sans relâche les actes de cette nature contre quiconque.

Dans ce contexte, ils réaffirment qu'ils ont reconnu les problèmes spécifiques des Roms (Gitans). Ils sont prêts à prendre des mesures efficaces pour assurer une pleine égalité des chances entre les personnes faisant partie des Roms et résidant habituellement sur leur territoire et le reste des résidents. Ils encourageront également la recherche et les études sur les Roms et sur les problèmes particuliers que ceux-ci connaissent.

Ils prendront des mesures efficaces pour promouvoir sur leur territoire la tolérance, la compréhension, l'égalité des chances et les bonnes relations entre personnes d'origines différentes.

De plus, les Etats participants prendront des mesures efficaces et notamment adopteront, s'ils ne l'ont déjà fait, conformément à leur système constitutionnel et à leurs obligations internationales, des lois pour interdire tout acte constituant une incitation à la violence, motivé par la discrimination, l'hostilité ou la haine de caractère national, racial, ethnique ou religieux, y compris l'antisémitisme, ainsi que des mesures propres à garantir l'application de ces lois.

En outre, pour que l'opinion publique prenne mieux conscience des préjugés et de la haine, que les lois contre les crimes liés à la haine soient mieux appliquées et que, d'une façon générale, les efforts visant à combattre la haine et les préjugés dans la société soient poursuivis, ils s'efforceront de recueillir, de publier régulièrement et de mettre à la disposition du public des données sur les crimes commis sur leur territoire, inspirés par des préjugés fondés sur la race, l'identité ethnique ou la religion, y compris les directives suivies pour la collecte de ces données. Ces données ne devraient pas contenir d'informations ayant un caractère personnel.

Ils se consulteront et échangeront des points de vue et des informations au niveau international, y compris lors de futures réunions de la CSCE, au sujet des crimes qui sont l'expression des préjugés et de la haine.

VII

Convaincus que la protection des droits des personnes appartenant à des minorités nationales exige que la circulation de l'information et l'échange des idées soient libres, les Etats participants soulignent l'importance de la communication entre personnes appartenant à des minorités nationales sans intervention des pouvoirs publics et indépendamment des frontières. L'exercice de ces droits ne peut être limité que par les seules restrictions qui sont prescrites par la loi et qui sont conformes aux normes internationales. Ils réaffirment qu'aucune personne appartenant à une minorité nationale, simplement parce qu'il appartient à cette minorité, ne fera l'objet de sanctions pénales ou administratives pour avoir eu des contacts à l'intérieur ou en dehors de son propre pays.

En ce qui concerne l'accès aux médias, ils n'exerceront aucune discrimination contre quiconque pour des raisons ethniques, culturelles, linguistiques ou religieuses. Ils fourniront des informations qui aideront les organes d'information audiovisuels à tenir compte, dans leurs programmes, de l'identité ethnique, culturelle, linguistique et religieuse des minorités nationales.

Ils réaffirment que l'établissement et le maintien de contacts libres entre personnes appartenant à une minorité nationale, ainsi que de contacts transfrontaliers entre des personnes appartenant à une minorité nationale et d'autres personnes avec lesquelles elles ont en commun une origine ethnique ou nationale, un patrimoine culturel ou une croyance religieuse, contribuent à la compréhension mutuelle et favorisent des relations de bon voisinage.

Ils encouragent par conséquent des arrangements de coopération transfrontalière aux niveaux national, régional et local, notamment dans les domaines du passage des frontaliers, de la préservation et de la visite des monuments et sites culturels et historiques, du tourisme, de l'amélioration des communications, de l'économie, des échanges de jeunes, de la protection de l'environnement et de la création de commissions régionales.

Ils encourageront aussi la mise en place de dispositifs informels (par exemple des ateliers, des comités aussi bien à l'intérieur d'un Etat participant qu'entre plusieurs de ces Etats) là où vivent des minorités nationales, pour examiner des questions relatives à ces minorités, procéder à des échanges de données d'expérience et présenter des propositions sur ces questions.

Afin d'améliorer leur information au sujet de la situation réelle des minorités nationales, les Etats participants diffuseront à titre volontaire aux autres Etats participants, par l'intermédiaire du Secrétariat de la CSCE, des informations sur la situation des minorités nationales vivant sur leur territoire, ainsi que le texte de déclarations relatives à leur politique nationale dans ce domaine.

Les Etats participants confieront au Secrétariat de la CSCE des exemplaires des contributions faites en séance plénière de la Réunion d'experts de la CSCE sur les minorités nationales, qu'ils souhaitent rendre accessibles au public.

VIII

Les Etats participants se félicitent de la contribution positive des représentants des Nations Unies et du Conseil de l'Europe aux travaux de la Réunion d'experts de Genève sur les minorités nationales. Ils notent que le travail et les activités de ces organisations seront d'un intérêt constant pour la CSCE lorsqu'elle examinera des questions relatives aux minorités nationales.

Les Etats participants relèvent que des mécanismes appropriés de la CSCE pourraient être utiles pour traiter des questions relatives aux minorités nationales. Ils recommandent en outre que la troisième Réunion de la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE envisage de développer le mécanisme de la dimension humaine. Ils encourageront les individus, y compris les personnes appartenant à des minorités nationales, à participer à la protection de leurs droits,

Enfin, les représentants des Etats participants prient le Secrétaire exécutif de la Réunion de transmettre le présent Rapport à la troisième Réunion de la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE.

Les représentants des Etats participants expriment leur profonde gratitude au peuple et au Gouvernement suisses pour l'excellente organisation de la Réunion de Genève et pour la chaleureuse hospitalité offerte aux délégations qui ont participé à la Réunion.

Genève, le 19 juillet 1991

RAPPORTO DELLA RIUNIONE CSCE DI ESPERTI SULLE
MINORANZE NAZIONALI, GINEVRA 1991

I rappresentanti dell'Albania, dell'Austria, del Belgio, della Bulgaria, del Canada, della Repubblica Federativa Ceca e Slovacca, di Cipro, della Danimarca, della Finlandia, della Francia, della Germania, della Grecia, dell'Irlanda, dell'Islanda, dell'Italia, della Jugoslavia, del Liechtenstein, del Lussemburgo, di Malta, di Monaco, della Norvegia, dei Paesi Bassi/Comunità Europea, della Polonia, del Portogallo, del Regno Unito, della Romania, di San Marino, della Santa Sede, della Spagna, degli Stati Uniti d'America, della Svezia, della Svizzera, della Turchia, dell'Ungheria e dell'Unione delle Repubbliche Socialiste Sovietiche si sono riuniti a Ginevra dall'1 al 19 luglio 1991 conformemente alle pertinenti disposizioni della Carta di Parigi per una Nuova Europa.

S.E. René Felber, Consigliere Federale, Capo del Dipartimento Federale degli Affari Esteri della Svizzera, ha rivolto un'allocuzione di apertura ai partecipanti a nome del paese ospitante. Dichiarazioni di apertura sono state rese da S.E. Catharina Dales, Ministro degli Interni dei Paesi Bassi a nome dei Paesi Bassi/Comunità Europea, e da Capi Delegazione degli Stati partecipanti. Alla Riunione sono stati presentati contributi dalla Sig.a Catherine Lalumière, Segretario Generale del Consiglio d'Europa, e dal Sig. Jan Martenson, Segretario Generale Aggiunto in carica del Centro delle Nazioni Unite per i Diritti dell'Uomo a Ginevra. Il Segretario di Stato per gli Affari Esteri del paese ospitante, Sig. Klaus Jacobi, ha rivolto un'allocuzione di chiusura ai partecipanti.

Conformemente alle pertinenti disposizioni della Carta di Parigi, i rappresentanti degli Stati partecipanti hanno svolto un dibattito approfondito sui problemi delle minoranze nazionali e dei diritti delle persone che vi appartengono che ha rispecchiato la diversità delle situazioni e degli antecedenti giuridici, storici, politici ed economici. Essi hanno avuto uno scambio di vedute sull'esperienza pratica rispetto alle minoranze nazionali, in particolare per quanto riguarda la legislazione nazionale, le istituzioni democratiche, gli strumenti internazionali e altre possibili forme di cooperazione. Sono stati espressi pareri sull'attuazione dei pertinenti impegni CSCE, e i rappresentanti degli Stati partecipanti hanno inoltre considerato la possibilità di miglioramento delle norme pertinenti. Essi hanno inoltre considerato nuove misure miranti a migliorare l'attuazione dei suddetti impegni.

Varie proposte sono state sottoposte all'esame della Riunione e, a seguito delle loro deliberazioni, i rappresentanti degli Stati partecipanti hanno adottato il presente Rapporto.

Il testo del Rapporto della Riunione di Esperti sulle Minoranze Nazionali tenutasi a Ginevra sarà pubblicato in ciascuno Stato partecipante, che ne curerà la diffusione e lo farà conoscere nel modo più ampio possibile.

I rappresentanti degli Stati partecipanti rilevano che il Consiglio terrà conto del riepilogo della Riunione, conformemente alla Carta di Parigi per una Nuova Europa.

I

Riconoscendo che la loro osservanza ed il pieno esercizio dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, inclusi quelli delle persone appartenenti alle minoranze nazionali, sono il fondamento della Nuova Europa,

Riaffermando la loro profonda convinzione che relazioni amichevoli fra i loro popoli, nonché la pace, la giustizia, la stabilità e la democrazia, richiedono che l'identità etnica, culturale, linguistica e religiosa delle minoranze nazionali sia tutelata, e che siano create condizioni per la promozione di tale identità,

Convinti che, negli Stati con minoranze nazionali, la democrazia richiede che tutte le persone, incluse quelle appartenenti a minoranze nazionali, godano della piena ed effettiva uguaglianza dei diritti e delle libertà fondamentali e beneficino dello stato di diritto e delle istituzioni democratiche,

Consapevoli della diversità delle situazioni e dei sistemi costituzionali nei loro paesi, e riconoscendo pertanto che vari approcci sono appropriati per l'attuazione degli impegni CSCE concernenti le minoranze nazionali,

Memori dell'importanza di compiere sforzi per affrontare i problemi delle minoranze nazionali, in particolare nelle zone in cui le istituzioni democratiche stanno consolidandosi e in cui le questioni relative alle minoranze nazionali sono oggetto di particolare interesse,

Consapevoli che le minoranze nazionali sono una parte integrante della società degli Stati in cui vivono e che esse sono un fattore di arricchimento rispettivamente di ciascuno Stato e di ciascuna società,

Confermando l'esigenza di rispettare e attuare pienamente e correttamente i propri impegni nel campo dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali enunciati negli strumenti internazionali da cui essi possono essere vincolati,

Ribadendo la propria ferma determinazione di rispettare e di applicare pienamente tutti gli impegni relativi alle minoranze nazionali ed alle persone che vi appartengono da essi assunti nell'Atto Finale di Helsinki, nel Documento Conclusivo di Madrid e nel Documento Conclusivo di Vienna, nel Documento della Riunione di Copenhagen della Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE, nel Documento del Simposio di Cracovia sul Retaggio Culturale nonché nella Carta di Parigi per una Nuova Europa, gli Stati partecipanti presentano qui di seguito il riepilogo delle loro conclusioni.

I rappresentanti degli Stati partecipanti hanno preso come base fondamentale del proprio lavoro gli impegni da essi assunti in merito alle minoranze nazionali e contenuti nei pertinenti documenti adottati dalla CSCE, in particolare quelli contenuti nella Carta di Parigi per una Nuova Europa e nel Documento della Riunione di Copenhagen della Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE, che essi hanno pienamente riaffermato.

II

Gli Stati partecipanti sottolineano la costante importanza di un riesame approfondito dell'attuazione dei loro impegni CSCE relativi alle persone appartenenti a minoranze nazionali.

Essi mettono in rilievo che i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali sono la base per la tutela e la promozione dei diritti delle persone appartenenti a minoranze nazionali. Essi riconoscono inoltre che le questioni relative alle minoranze nazionali possono essere risolte in modo soddisfacente solo in un quadro politico democratico basato sullo stato di diritto, con una magistratura indipendente funzionante. Tale quadro garantisce il pieno rispetto dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, diritti e status uguali per tutti i cittadini, incluse le persone appartenenti a minoranze nazionali, la libera espressione di tutti i loro legittimi interessi ed aspirazioni, il pluralismo politico, la tolleranza sociale e l'attuazione delle norme giuridiche che pongono limiti efficaci agli abusi del potere governativo.

I problemi concernenti le minoranze nazionali, nonché l'osservanza degli obblighi e degli impegni internazionali concernenti i diritti delle persone che vi appartengono, sono questioni di legittimo interesse internazionale e di conseguenza non costituiscono esclusivamente un affare interno del rispettivo Stato.

Essi rilevano che non tutte le differenze etniche, culturali, linguistiche o religiose portano necessariamente alla creazione di minoranze nazionali.

III

Rispettando il diritto delle persone appartenenti a minoranze nazionali di partecipare effettivamente agli affari pubblici, gli Stati partecipanti considerano che quando nei loro paesi vengono discusse questioni relative alla situazione delle minoranze nazionali, esse stesse dovrebbero avere l'effettiva opportunità di esservi coinvolte, conformemente alle procedure decisionali di ciascuno Stato. Essi considerano inoltre che un'appropriata partecipazione democratica delle persone appartenenti a minoranze nazionali o di loro rappresentanti ad organi decisionali o consultivi costituisca un elemento importante per la partecipazione effettiva agli affari pubblici.

Essi considerano che si debbano compiere sforzi particolari per risolvere problemi specifici in modo costruttivo e attraverso il dialogo mediante negoziati e consultazioni al fine di migliorare la situazione delle persone appartenenti a minoranze nazionali. Essi riconoscono che la promozione del dialogo fra gli Stati, e fra gli Stati e le persone appartenenti a minoranze nazionali, avrà soprattutto successo se vi sarà un libero flusso di informazioni e di idee fra tutte le parti. Essi incoraggiano sforzi unilaterali, bilaterali e multilaterali da parte dei Governi per ricercare modi atti a intensificare l'efficacia della loro attuazione degli impegni CSCE relativi alle minoranze nazionali.

Gli Stati partecipanti considerano inoltre che il rispetto dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali deve essere garantito su una base non discriminatoria in tutta la società. Nelle zone abitate principalmente da persone appartenenti ad una minoranza nazionale, i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali delle persone appartenenti a tale minoranza, delle persone appartenenti alla maggioranza della popolazione del rispettivo Stato, e delle persone appartenenti ad altre minoranze nazionali residenti in tali zone, saranno ugualmente tutelati.

Essi riconfermano che le persone appartenenti a minoranze nazionali hanno il diritto di esprimere liberamente, preservare e sviluppare la propria identità etnica, culturale, linguistica o religiosa e di mantenere e sviluppare la propria cultura in tutti i suoi aspetti, al riparo da ogni tentativo di assimilazione contro la loro volontà.

Essi consentiranno alle autorità competenti di informare l'Ufficio per le Libere Elezioni di tutte le elezioni pubbliche previste nei loro territori, comprese quelle a livello subnazionale. Gli Stati partecipanti considereranno favorevolmente, nei limiti consentiti dalla legge, la presenza di osservatori ad elezioni tenute a livello subnazionale, incluse quelle nelle zone abitate da minoranze nazionali, e si adopereranno per facilitarne l'accesso.

IV

Gli Stati partecipanti creeranno per le persone appartenenti a minoranze nazionali condizioni che offrano loro pari opportunità di partecipare effettivamente alla vita pubblica, alle attività economiche, ed all'edificazione delle loro società.

Conformemente al paragrafo 31 del Documento di Copenhagen, gli Stati partecipanti adotteranno le misure necessarie per prevenire la discriminazione contro le persone, particolarmente per quanto riguarda l'occupazione, l'alloggio e l'educazione, sulla base della loro appartenenza o meno ad una minoranza nazionale. In tale contesto, essi, qualora non lo abbiano ancora fatto, prenderanno disposizioni per un efficace ricorso a provvedimenti riparatori per gli individui che hanno subito un trattamento discriminatorio in base alla loro appartenenza o meno ad una minoranza nazionale, anche mettendo a disposizione delle singole vittime della discriminazione un'ampia gamma di provvedimenti riparatori amministrativi e giudiziari.

Gli Stati partecipanti sono convinti che la preservazione dei valori e del retaggio culturale delle minoranze nazionali richiede il coinvolgimento delle persone appartenenti a tali minoranze e che la tolleranza ed il rispetto delle diverse culture sono di fondamentale importanza a tale riguardo. Di conseguenza, essi confermano l'importanza di astenersi dall'ostacolare la produzione di materiali culturali concernenti le minoranze nazionali, anche da parte delle persone che vi appartengono.

Gli Stati partecipanti affermano che le persone appartenenti a una minoranza nazionale godranno degli stessi diritti e avranno gli stessi doveri di cittadinanza del resto della popolazione.

Gli Stati partecipanti riconfermano l'importanza di adottare, ove necessario, speciali misure al fine di assicurare alle persone appartenenti a minoranze nazionali piena uguaglianza con gli altri cittadini nell'esercizio e nel godimento dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali. Essi inoltre ricordano l'esigenza di adottare le misure necessarie per tutelare l'identità etnica, culturale, linguistica e religiosa delle minoranze nazionali nel loro territorio e creare le condizioni per la promozione di tale identità; ciascuna di queste misure sarà conforme ai principi dell'uguaglianza e della non discriminazione nei confronti degli altri cittadini dello Stato partecipante interessato.

Essi riconoscono che tali misure, che tengono conto, fra l'altro, delle circostanze storiche e territoriali delle minoranze nazionali, sono particolarmente importanti nelle zone in cui le istituzioni democratiche stanno consolidandosi e in cui i problemi delle minoranze nazionali sono oggetto di particolare interesse.

Consapevoli della diversità e del mutare dei sistemi costituzionali fra loro, il che fa sì che nessun singolo approccio sia necessariamente applicabile in modo generalizzato, gli Stati partecipanti rilevano con interesse che alcuni di loro hanno ottenuto risultati positivi in un modo democratico appropriato, fra l'altro, mediante:

- organi consultivi decisionali nei quali siano rappresentate le minoranze, in particolare per quanto riguarda l'educazione, la cultura e la religione;
- organi ed assemblee elettivi per le questioni delle minoranze nazionali;
- amministrazioni locali ed autonome, nonché autonomia su una base territoriale, inclusa l'esistenza di organi consultivi, legislativi ed esecutivi scelti mediante elezioni libere e periodiche;
- amministrazione autonoma da parte di una minoranza nazionale degli aspetti concernenti la propria identità in situazioni in cui non si applica l'autonomia su una base territoriale;
- forme di governo decentralizzate o locali;
- accordi bilaterali e multilaterali ed altre intese concernenti le minoranze nazionali;
- per le persone appartenenti a minoranze nazionali, opportunità di adeguati tipi e livelli di educazione nella loro madrelingua con il dovuto riguardo al numero, ai modelli di insediamento geografico ed alle tradizioni culturali delle minoranze nazionali;

- stanziamenti per l'insegnamento delle lingue delle minoranze alla popolazione in generale, nonché inserimento delle lingue delle minoranze in istituzioni per la formazione degli insegnanti, in particolare nelle regioni abitate da persone appartenenti a minoranze nazionali;
- nei casi in cui l'insegnamento di una particolare disciplina non sia assicurato nel loro territorio nella lingua della minoranza a tutti i livelli, adozione delle misure necessarie al fine di trovare i mezzi per il riconoscimento dei titoli di studio rilasciati all'estero per un corso di studio portato a termine in tale lingua;
- creazione di agenzie governative di ricerca per riesaminare la legislazione e diffondere le informazioni connesse con la parità dei diritti e la non-discriminazione;
- fornitura di assistenza finanziaria e tecnica alle persone appartenenti alle minoranze nazionali che lo desiderino per consentir loro di esercitare il proprio diritto di creare e conservare le proprie istituzioni, organizzazioni e associazioni educative, culturali e religiose;
- assistenza governativa per affrontare le difficoltà locali relative a prassi discriminatorie (per esempio, un servizio di consultazione per i cittadini);
- incoraggiamento degli sforzi per migliorare le relazioni di base nell'ambito di una comunità fra le comunità minoritarie, fra le comunità maggioritarie e minoritarie, e fra comunità limitrofe al fine di contribuire a prevenire l'insorgere di tensioni locali e affrontare pacificamente i conflitti qualora questi insorgano; e
- incoraggiamento dell'istituzione di commissioni miste permanenti, sia interstatali che regionali, per agevolare la continuazione del dialogo fra le regioni confinanti interessate.

Gli Stati partecipanti sono dell'avviso che questi o altri approcci, singolarmente o in associazione, potrebbero essere utili per migliorare la situazione delle minoranze nazionali nei loro territori.

V

Gli Stati partecipanti rispettano il diritto delle persone appartenenti a minoranze nazionali di esercitare e godere dei propri diritti singolarmente o in comune con altri, di creare e conservare organizzazioni e associazioni nel loro paese, e di partecipare ad organizzazioni internazionali non governative.

Gli Stati partecipanti riaffermano e non ostacoleranno l'esercizio del diritto delle persone appartenenti a minoranze nazionali di creare e conservare proprie istituzioni, organizzazioni e associazioni educative, culturali e religiose.

A tale riguardo, essi riconoscono il ruolo rilevante e vitale che le persone, le organizzazioni non governative, e gruppi religiosi e di altro genere svolgono nel promuovere la comprensione transculturale e nel migliorare le relazioni a tutti i livelli della società, nonché oltre le frontiere internazionali.

Essi ritengono che le osservazioni e le esperienze dirette di tali organizzazioni, gruppi e persone possano essere estremamente utili per promuovere l'attuazione degli impegni CSCE relativi alle persone appartenenti a minoranze nazionali. Essi pertanto incoraggeranno e non ostacoleranno il lavoro di tali organizzazioni, gruppi e persone e accoglieranno con favore i loro contributi in tale campo.

VI

Gli Stati partecipanti, preoccupati per la proliferazione di atti di odio razziale, etnico e religioso, antisemitismo, xenofobia e discriminazione, sottolineano la propria determinazione di condannare costantemente tali atti perpetrati contro chicchessia.

In tale contesto, essi riaffermano il proprio riconoscimento dei particolari problemi dei Rom (zingari). Essi sono disposti ad adottare misure efficaci al fine di conseguire la piena uguaglianza di opportunità fra le persone appartenenti ai Rom solitamente residenti nel loro Stato e il resto della popolazione residente. Essi inoltre incoraggeranno la ricerca e studi riguardanti i Rom nonché i particolari problemi che li confrontano.

Essi adotteranno misure efficaci per promuovere la tolleranza, la comprensione, l'uguaglianza di opportunità e buone relazioni fra individui di origini differenti nei loro paesi.

Inoltre, gli Stati partecipanti adotteranno misure efficaci, inclusa l'adozione, conformemente al proprio diritto costituzionale e ai propri obblighi internazionali, qualora non lo abbiano già fatto, di leggi che vietino atti che costituiscano incitamento alla violenza sulla base della discriminazione nazionale, razziale, etnica o religiosa, dell'ostilità o dell'odio, ivi compreso l'antisemitismo, nonché di politiche atte a far rispettare tali leggi.

Inoltre, per accrescere la pubblica consapevolezza del pregiudizio e dell'odio, per migliorare l'applicazione delle leggi contro i crimini connessi con l'odio e per promuovere in altro modo gli sforzi miranti ad affrontare l'odio e il pregiudizio nella società, essi compiranno sforzi per raccogliere, pubblicare regolarmente e rendere disponibili al pubblico i dati concernenti i crimini perpetrati sui propri rispettivi territori che si basino su pregiudizi riguardanti la razza, l'identità etnica o la religione, incluse le direttive utilizzate per raccogliere tali dati. Tali dati non dovrebbero contenere alcuna informazione personale.

Essi si consulteranno e scambieranno pareri e informazioni a livello internazionale, incluse future riunioni della CSCE, sui crimini che siano prova di pregiudizio e odio.

VII

Convinti che la tutela dei diritti delle persone appartenenti a minoranze nazionali richiede il libero flusso di informazioni e lo scambio di idee, gli Stati partecipanti sottolineano l'importanza delle comunicazioni fra le persone appartenenti a minoranze nazionali senza interferenze da parte delle pubbliche autorità e indipendentemente dalle frontiere. L'esercizio di tali diritti potrà essere soggetto soltanto alle restrizioni previste dalla legge e che siano compatibili con le norme internazionali. Essi riaffermano che nessuna persona appartenente a una minoranza nazionale sarà soggetta, semplicemente in quanto appartenente a tale minoranza, a sanzioni penali o amministrative per avere avuto contatti all'interno o al di fuori del proprio paese.

Per quanto riguarda l'accesso ai media, essi non faranno discriminazioni contro alcuno sulla base di motivi etnici, culturali, linguistici o religiosi. Essi renderanno disponibili le informazioni utili per consentire ai mass media elettronici di tenere conto, nei loro programmi, dell'identità etnica, culturale, linguistica e religiosa delle minoranze nazionali.

Essi riaffermano che la creazione e la conservazione di liberi contatti fra le persone appartenenti a una minoranza nazionale nonché di contatti oltre le frontiere da parte di persone appartenenti a una minoranza nazionale con persone con le quali esse condividano una comune origine etnica o nazionale, il retaggio culturale o il credo religioso, contribuiscono alla mutua comprensione e promuovono relazioni di buon vicinato.

Essi pertanto incoraggiano accordi di cooperazione transfrontaliera a livello nazionale, regionale e locale, fra l'altro, per quanto concerne il traffico locale di frontiera, la preservazione e le visite di monumenti e siti culturali e storici, il turismo, il miglioramento del traffico, l'economia, gli scambi di giovani, la tutela dell'ambiente e l'istituzione di commissioni regionali.

Essi incoraggeranno inoltre la creazione di gruppi di lavoro informali (per esempio, cantieri di studio, comitati sia all'interno che fra gli Stati partecipanti) ove vivono minoranze nazionali, per discutere, scambiare le esperienze e presentare proposte sui problemi relativi alle minoranze nazionali.

Al fine di migliorare le loro informazioni sull'effettiva situazione delle minoranze nazionali, gli Stati partecipanti distribuiranno su una base volontaria, tramite il Segretariato CSCE, informazioni ad altri Stati partecipanti sulla situazione delle minoranze nazionali nei loro rispettivi territori nonché rapporti sulla politica nazionale a tale riguardo.

Gli Stati partecipanti depositeranno presso il Segretariato CSCE copie dei contributi presentati in seno alla Plenaria della Riunione CSCE di Esperti sulle Minoranze Nazionali che essi desiderino rendere disponibili al pubblico.

VIII

Gli Stati partecipanti rilevano con favore il contributo positivo apportato dai rappresentanti delle Nazioni Unite e del Consiglio d'Europa ai lavori della Riunione di Esperti sulle Minoranze Nazionali tenutasi a Ginevra. Essi ritengono che il lavoro e le attività di tali organizzazioni avranno un'importanza costante per l'esame dei problemi delle minoranze nazionali in seno alla CSCE.

Gli Stati partecipanti rilevano che meccanismi CSCE appropriati possono essere importanti per affrontare questioni relative alle minoranze nazionali. Inoltre, essi raccomandano che la terza Riunione della Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE esamini l'ampliamento del Meccanismo della Dimensione Umana. Essi promuoveranno la partecipazione degli individui alla tutela dei loro diritti, inclusi i diritti delle persone appartenenti a minoranze nazionali.

Infine, i rappresentanti degli Stati partecipanti chiedono al Segretario Esecutivo della Riunione di trasmettere il presente Rapporto alla terza Riunione della Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE.

I rappresentanti degli Stati partecipanti esprimono la loro profonda gratitudine al popolo e al Governo della Svizzera per l'eccellente organizzazione della Riunione di Ginevra e per la calda ospitalità riservata alle delegazioni che hanno partecipato alla Riunione.

Ginevra, 19 luglio 1991

ДОКЛАД СОВЕЩАНИЯ ЭКСПЕРТОВ СБСЕ ПО ВОПРОСАМ НАЦИОНАЛЬНЫХ МЕНЬШИНСТВ,
ЖЕНЕВА, 1991 ГОД

Представители Австрии, Албании, Бельгии, Болгарии, Венгрии, Германии, Греции, Дании, Ирландии, Исландии, Испании, Италии, Канады, Кипра, Лихтенштейна, Люксембурга, Мальты, Монако, Нидерландов-Европейского Сообщества, Норвегии, Польши, Португалии, Румынии, Сан-Марино, Святейшего Престола, Соединенного Королевства, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик, Турции, Финляндии, Франции, Чешской и Словацкой федеративной Республики, Швейцарии, Швеции и Югославии провели Совещание в Женеве с 1 по 19 июля 1991 года на основе соответствующих положений Парижской хартии для новой Европы.

С приветственным словом от имени принимающей страны к участникам Совещания обратился Его Превосходительство Рене Фельбер, федеральный советник, начальник федерального департамента иностранных дел Швейцарии. Вступительные заявления были сделаны Ее Превосходительством Катариной Далес, министром внутренних дел Нидерландов, от имени Нидерландов-Европейского Сообщества и главами делегаций государств-участников. Вклады в Совещание были сделаны г-жой Катрин Лялюмьер, генеральным секретарем Совета Европы, и г-ном Яном Мартенсоном, заместителем Генерального секретаря, возглавляющим женевский Центр Организации Объединенных Наций по правам человека. С заключительным словом к участникам Совещания обратился г-н Клаус Якоби, государственный секретарь по иностранным делам принимающей страны.

На основе соответствующих положений Парижской хартии представители государств-участников провели углубленное обсуждение вопросов национальных меньшинств и прав лиц, принадлежащих к ним, которые отражают разнообразие ситуаций и правовых, исторических, политических и экономических условий. Они обменялись мнениями о практическом опыте в области национальных меньшинств, в частности о национальном законодательстве, демократических институтах, международных инструментах и других возможных формах сотрудничества. Были высказаны мнения о выполнении соответствующих обязательств по СБСЕ, и представителями государств-участников были также рассмотрены возможности совершенствования соответствующих стандартов. Они также обсудили новые меры, направленные на улучшение выполнения указанных выше обязательств.

На рассмотрение Совещания был представлен ряд предложений, и после их обсуждения представители государств-участников приняли настоящий доклад.

Текст доклада женевского Совещания экспертов по вопросам национальных меньшинств будет опубликован в каждом государстве-участнике, которое распространит его и обеспечит возможно более широкое ознакомление с ним.

Представители государств-участников отмечают, что в соответствии с Парижской хартией для новой Европы Совет примет во внимание итоги работы Совещания.

I.

Признавая, что соблюдение и полное осуществление ими прав человека и основных свобод, включая права и свободы лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, является основой новой Европы,

Вновь подтверждая свою глубокую убежденность в том, что дружественные отношения между их народами, а также мир, справедливость, стабильность и демократия требуют того, чтобы этническая, культурная, языковая и религиозная самобытность национальных меньшинств была защищена, и чтобы создавались условия для поощрения этой самобытности,

Будучи убеждены, что демократия в государствах, в которых имеются национальные меньшинства, требует того, чтобы все лица, включая лица, принадлежащие к национальным меньшинствам, полностью и эффективно на основе равенства пользовались правами и основными свободами и преимуществами, обеспечиваемыми верховенством закона и демократическими институтами,

Сознавая разнообразие ситуаций и конституционных систем в их странах и, следовательно, признавая существование различных подходов к выполнению обязательств по СБСЕ в отношении национальных меньшинств,

Учитывая важность осуществления усилий для решения вопросов национальных меньшинств, особенно в областях, в которых демократические институты еще консолидируются, а вопросы, касающиеся национальных меньшинств, вызывают особую озабоченность,

Сознавая, что национальные меньшинства составляют неотъемлемую часть общества государств, в которых они живут, и что они являются фактором обогащения каждого соответствующего государства и общества,

Подтверждая необходимость уважения и полного и справедливого выполнения своих обязательств в области прав человека и основных свобод, содержащихся в международных инструментах, участниками которых они могут являться,

Вновь подтверждая свою твердую решимость соблюдать и в полной мере выполнять все свои обязательства, касающиеся национальных меньшинств и принадлежащих к ним лиц, в соответствии с хельсинкским Заключительным актом, мадридским Итоговым документом и венским Итоговым документом, Документом Копенгагенского совещания Конференции по человеческому измерению СБСЕ, Документом Краковского симпозиума по культурному наследию, а также Парижской хартией для новой Европы, государства-участники представляют ниже краткое изложение сделанных ими выводов.

В качестве фундаментальной основы своей работы представители государств-участников взяли обязательства, принятые ими в отношении национальных меньшинств, которые содержатся в соответствующих документах, принятых СБСЕ, в частности обязательства по Парижской хартии для новой Европы и Документу Копенгагенского совещания Конференции по человеческому измерению СБСЕ, которые они полностью вновь подтверждают.

II.

Государства-участники подчеркивают необходимость дальнейшего тщательного обзора выполнения их обязательств по СБСЕ в отношении лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам.

Они подчеркивают, что права человека и основные свободы составляют основу защиты и поощрения прав лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам. Они признают далее, что вопросы, относящихся к национальным меньшинствам, могут быть удовлетворительным образом решены только в демократических политических рамках, основанных на верховенстве закона, в условиях функционирования независимой судебной системы. Эти рамки гарантируют полное уважение прав человека и основных свобод, равные права и положение всех граждан, включая лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, свободное выражение всех их законных интересов и чаяний, политический плюрализм, социальную терпимость и выполнение правовых норм, ставящих эффективные препятствия на пути злоупотребления государственной властью.

Вопросы, касающиеся национальных меньшинств, а также соблюдение обязательств по международному праву и международных обязательств в отношении прав принадлежащих к ним лиц, являются вопросами, вызывающими законную международную озабоченность и, следовательно, не являются исключительно внутренним делом соответствующего государства.

Они отмечают, что не все этнические, культурные, языковые или религиозные различия обязательно ведут к возникновению национальных меньшинств.

III.

Уважая право лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, на эффективное участие в государственных делах, государства-участники считают, что в тех случаях, когда вопросы, касающиеся положения национальных меньшинств, обсуждаются в их странах, им самим следует предоставлять возможность эффективно участвовать в этом процессе в соответствии с процедурами принятия решений каждого государства. Они считают далее, что важным элементом эффективного участия в государственных делах является соответствующее демократическое участие лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, или их представителей в работе директивных или консультативных органов.

Они считают, что должны быть предприняты специальные усилия с целью решения конкретных проблем конструктивным образом и на основе диалога посредством переговоров и консультаций, с тем чтобы улучшить положение лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам. Они признают, что содействие диалогу между государствами и между государствами и лицами, принадлежащими к национальным меньшинствам, окажется наиболее успешным при наличии свободного потока информации и идей между всеми сторонами. Они поощряют односторонние, двусторонние и многосторонние усилия правительств по изучению возможностей повышения эффективности выполнения ими обязательств по СБСЕ, касающихся национальных меньшинств.

Государства-участники считают далее, что уважение прав человека и основных свобод должно осуществляться на недискриминационной основе в рамках всего общества. На территориях, населенных в основном лицами, принадлежащими к национальному меньшинству, будут равным образом защищены права человека и основные свободы лиц, принадлежащих к этому меньшинству, лиц, принадлежащих к большинству населения соответствующего государства, и лиц, принадлежащих к другим национальным меньшинствам, проживающим на этих территориях.

Они подтверждают, что лица, принадлежащие к национальным меньшинствам, имеют право свободно выражать, сохранять и развивать свою этническую, культурную, языковую или религиозную самобытность и поддерживать и развивать свою культуру во всех ее аспектах, не подвергаясь каким-либо попыткам ассимиляции вопреки их воле.

Они будут разрешать компетентным органам информировать Бюро по свободным выборам о всех запланированных выборах в государственные органы на их территориях, включая выборы, проводимые на более низком, чем общенациональный, уровне. Государства-участники будут благоприятно рассматривать, насколько это допускается законом, присутствие наблюдателей на выборах, проводимых на более низком, чем общенациональный, уровне, включая выборы на территориях, населенных национальными меньшинствами, и будут стремиться облегчать им доступ.

IV.

Государства-участники будут создавать условия для обеспечения равной возможности лицам, принадлежащим к национальным меньшинствам, эффективно участвовать в государственной жизни, экономической деятельности и развитии их обществ.

В соответствии с пунктом 31 Копенгагенского документа государства-участники примут необходимые меры для предотвращения дискриминации в отношении отдельных лиц, особенно в том, что касается занятости, жилья и образования, по причине принадлежности или непринадлежности к какому-либо национальному меньшинству. В этом контексте они обеспечат возможность, если они еще не сделали этого, для использования эффективных средств правовой защиты отдельными лицами, подвергшимся дискриминационному обращению по причине их принадлежности или непринадлежности к какому-либо национальному меньшинству, включая предоставление конкретным жертвам дискриминации широкого круга административных и судебных средств правовой защиты.

Государства-участники убеждены, что сохранение ценностей и культурного наследия национальных меньшинств требует участия лиц, принадлежащих к таким меньшинствам, и что терпимость и уважение различных культур имеют в этой связи важнейшее значение. С учетом этого они подтверждают важность воздерживаться от создания препятствий в области производства культурных материалов, касающихся национальных меньшинств, в том числе лицами, принадлежащими к ним.

Государства-участники подтверждают, что лица, принадлежащие к национальным меньшинствам, будут иметь такие же права и такие же обязанности граждан, как и остальная часть населения.

Государства-участники вновь подтверждают важность принятия, там где это необходимо, специальных мер с целью обеспечения лицам, принадлежащим к национальным меньшинствам, полного равенства с другими гражданами в осуществлении и использовании прав человека и основных свобод. Они напоминают далее о необходимости принятия необходимых мер для защиты этнической, культурной, языковой и религиозной самобытности национальных меньшинств на их территории и создания условий для поощрения такой самобытности; любые подобные меры будут приниматься в соответствии с принципами равенства и недискриминации в отношении других граждан соответствующего государства-участника.

Они признают, что такие меры, учитывающие, в частности, исторические и территориальные условия национальных меньшинств, особенно важны там, где демократические институты еще консолидируются, а вопросы национальных меньшинств вызывают особую озабоченность.

Учитывая разнообразие и различие своих конституционных систем, в результате чего использование одного какого-либо общего подхода не является обязательным, государства-участники отмечают с интересом, что некоторыми из них достигнуты соответствующим демократическим путем положительные результаты посредством, в частности,

- консультативных и директивных органов, в которых представлены меньшинства, в частности, в том, что касается образования, культуры и религии;
- выборных органов и ассамблей по делам национальных меньшинств;
- местных и автономных органов управления, а также автономии на территориальной основе, включая существование консультативных, законодательных и исполнительных органов, избираемых на основе свободных и периодических выборов;
- самоуправления национального меньшинства в тех аспектах, которые касаются его самобытности, в ситуациях, когда не существует автономии на территориальной основе;

- децентрализованных или местных форм правления;
- двусторонних и многосторонних соглашений и других договоренностей, касающихся национальных меньшинств;
- предоставления лицам, принадлежащим к национальным меньшинствам, доступа к соответствующим видам и уровням обучения на их родном языке с уделением должного внимания численности, географическим структурам расселения и культурным традициям национальных меньшинств;
- финансирования преподавания языков меньшинств широкой общественности, а также включения языков меньшинств в программы педагогических учебных заведений, в частности в районах, населенных лицами, принадлежащими к национальным меньшинствам;
- в тех случаях, когда обучение по какой-либо конкретной дисциплине не может быть обеспечено на их территории на всех уровнях на языке меньшинств, путем принятия необходимых мер для определения способов признания дипломов, выданных за границей по завершении обучения на этом языке;
- создания государственных исследовательских учреждений для рассмотрения законодательства и распространения информации, касающейся равных прав и недискриминации;
- предоставления финансовой и технической помощи лицам, принадлежащим к национальным меньшинствам, которые желают этого, для осуществления их права на создание и поддержание своих собственных образовательных, культурных и религиозных учреждений, организаций или ассоциаций;
- государственной помощи для преодоления местных трудностей, связанных с дискриминационной практикой (например, служба взаимоотношений между гражданами);
- поощрения усилий по установлению межобщинных отношений на низовом уровне между общинами меньшинств, между общинами большинства населения и меньшинств, и между соседними общинами в приграничных районах с целью содействия предотвращению возникновения напряженности на местах и мирного урегулирования конфликтов в случае их возникновения; и

- поощрения создания постоянных смешанных комиссий, либо межгосударственных, либо региональных, с целью поддержки постоянного диалога между соответствующими приграничными районами.

Государства-участники считают, что эти и другие подходы, индивидуально или в сочетании, могли бы содействовать улучшению положения национальных меньшинств на их территориях.

V.

Государства-участники уважают право лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, осуществлять свои права и пользоваться ими на индивидуальной основе или совместно с другими гражданами, создавать и поддерживать организации и ассоциации в пределах своей страны и участвовать в деятельности международных неправительственных организаций.

Государства-участники вновь подтверждают право лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, создавать и поддерживать свои собственные образовательные, культурные и религиозные учреждения, организации и ассоциации и не будут препятствовать осуществлению этого права.

В этой связи они признают ту жизненно важную роль, которую играют отдельные лица, неправительственные организации и религиозные и другие группы в деле оказания содействия взаимопониманию между различными культурами и улучшения отношений на всех уровнях общества, а также через международные границы.

Они считают, что непосредственные наблюдения и опыт таких организаций, групп и отдельных лиц могут оказаться весьма полезными для поощрения выполнения обязательств по СБСЕ, касающихся лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам. Поэтому они будут поддерживать работу таких организаций, групп и отдельных лиц, не будут препятствовать ей и будут приветствовать их вклады в этой области.

VI.

Государства-участники, будучи обеспокоены ростом числа проявлений расовой, этнической и религиозной ненависти, антисемитизма, ксенофобии и дискриминации, подчеркивают свою решимость неизменно осуждать такие проявления в отношении кого бы то ни было.

В этом контексте они вновь заявляют о своем признании особых проблем роман (цыган). Они готовы принять эффективные меры для достижения полного равенства возможностей между лицами, принадлежащими к романам, обычно проживающим в их государстве, и остальным населением. Они будут также поощрять исследования и изыскания, касающиеся роман и тех особых проблем, с которыми они сталкиваются.

Они будут принимать эффективные меры для поощрения терпимости, взаимопонимания и равенства возможностей, и добрых взаимоотношений между имеющими различное происхождение отдельными лицами в пределах их страны.

Государства-участники будут также принимать эффективные меры, включая принятие, в соответствии с их конституционным правом и их международными обязательствами, если они еще не сделали этого, законов, которые запрещали бы акты, представляющие собой подстрекательство к насилию, основанному на национальной, расовой, этнической или религиозной дискриминации, враждебности или ненависти, включая антисемитизм, и проводить политику, направленную на обеспечение соблюдения таких законов.

Кроме того, с целью более полного осознания общественностью предрассудков и ненависти, совершенствования соблюдения законов о преступлениях, связанных с ненавистью, а также с целью осуществления иных дальнейших усилий по преодолению ненависти и предрассудков в обществе, они будут прилагать усилия с целью сбора, издания на регулярной основе и предоставления в распоряжение общественности данных о преступлениях на своих соответствующих территориях, в основе которых лежат предрассудки в отношении расы, этнического происхождения или религии, включая руководящие принципы, используемые для сбора таких данных. Эти данные не должны содержать информации о конкретных лицах.

Они будут консультироваться и обмениваться мнениями и информацией на международном уровне, в том числе на будущих совещаниях СБСЕ, о преступлениях, которые свидетельствуют о наличии предрассудков и ненависти.

VII.

Будучи убеждены, что для защиты прав лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, необходим свободный поток информации и обмен идеями, государства-участники подчеркивают значение общения между лицами, принадлежащими к национальным меньшинствам, без вмешательства со стороны

государственных властей и независимо от государственных границ. Осуществление таких прав может подвергаться лишь тем ограничениям, которые предусмотрены по закону и соответствуют международным стандартам. Они вновь подтверждают, что ни одно лицо, принадлежащее к национальному меньшинству, не будет подвергнуто уголовным или административным санкциям, только лишь в силу своей принадлежности к такому меньшинству, за контакты в его/ее собственной стране или за ее пределами.

В области доступа к средствам информации они не будут проводить дискриминацию в отношении кого-либо на основании этнической, культурной, языковой или религиозной принадлежности. Они будут предоставлять информацию, которая будет помогать электронным средствам массовой информации учитывать в своих программах этническую, культурную, языковую и религиозную самобытность национальных меньшинств.

Они вновь подтверждают, что установление и поддержание беспрепятственных контактов между лицами, принадлежащими к национальному меньшинству, а также контактов через границы лицами, принадлежащими к национальному меньшинству, с лицами, с которыми они имеют общее этническое или национальное происхождение, культурное наследие или религиозные верования, способствуют взаимопониманию и содействуют добрососедским отношениям.

Поэтому они будут поощрять договоренности о трансграничном сотрудничестве на национальном, региональном и местном уровне, в частности, по вопросам пересечения границ местными жителями, сохранения и посещения культурных и исторических памятников и мест, туризма, улучшения транспортного сообщения, экономики, молодежных обменов, защиты окружающей среды и создания региональных комиссий.

Они также будут поощрять создание неофициальных рабочих структур (например, семинаров, комитетов, как в рамках государств-участников, так и между государствами-участниками) там, где проживают национальные меньшинства, для обсуждения, обмена опытом и представления предложений по вопросам, касающимся национальных меньшинств.

С целью улучшения своей информации о фактическом положении национальных меньшинств государства-участники будут на добровольной основе направлять через Секретариат СБСЕ информацию другим государствам-участникам о фактическом положении национальных меньшинств на их соответствующих территориях, а также заявления по вопросам национальной политики в этом отношении.

Государства-участники сдадут на хранение в Секретариат СБСЕ экземпляры вкладов, сделанных в ходе пленарных заседаний Совещания экспертов СБСЕ по вопросам национальных меньшинств, которые они хотят сделать доступными для общественности.

VIII.

Государства-участники приветствуют положительный вклад, сделанный представителями Организации Объединенных Наций и Совета Европы, в работу женеvского Совещания экспертов по вопросам национальных меньшинств. Они отмечают, что работа и деятельность этих организаций будут и далее учитываться в процессе рассмотрения вопросов национальных меньшинств в рамках СБСЕ.

Государства-участники отмечают возможность использования соответствующих механизмов СБСЕ при решении вопросов, связанных с национальными меньшинствами. Они также рекомендуют рассмотреть вопрос о расширении механизма человеческого измерения на третьем совещании Конференции по человеческому измерению СБСЕ. Они будут поощрять участие отдельных лиц в защите их прав, включая права лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам.

В заключение представители государств-участников просят Исполнительного секретаря Совещания передать настоящий доклад третьему совещанию Конференции по человеческому измерению СБСЕ.

Представители государств-участников выражают свою глубокую признательность народу и правительству Швейцарии за превосходную организацию женеvского Совещания и сердечное гостеприимство, проявленное по отношению к делегациям, участвовавшим в Совещании.

Женева, 19 июля 1991 года